

an der Maifeier nach wie vor festhalten. Allerdings werden wir darauf sehen, daß solche Unfälle in Zukunft verhütet werden. Die Maßregelungen schaden uns nicht. Ebenso wie Taaffe — es ist dies vielleicht sein einziges Verdienst — dadurch, daß er in einer einzigen Nacht 300 Genossen ausgewiesen hat, 300 Agitatoren schuf, ebenso werden auch diejenigen, die infolge der Maifeier gemahregelt werden, um so energischer für die Partei agitieren, und wir haben den Vorteil davon. Hoffentlich erleben wir es noch, daß auch in Deutschland am 1. Mai jede Arbeit ruht!

Auf diese Ausführungen Schumaiers antwortete treffend Ge-rißch:

Wenn wir die Arbeitsruhe am 1. Mai durchführen, dann haftet die Partei auch ökonomisch für alle Folgen. Nun klang die heutige, wie die gestrige Rede Schumaiers immer in einem Refrain aus, das auch lebhaft an das Schreiben des Kandidaten Jobs an seine lieben Eltern erinnert: „Bergeßt nur die 12 Dufaten nicht!“ Wenn aber unsere Parteifasse leer wird durch die Folgen der Maifeier, dann haben wir auch diese 12 Dufaten nicht.

Aber auch andere Delegierte auf dem Parteitag waren dafür, daß für eine Abschaffung der Maifeier eingetreten wird. S. z. B. versuchte Müller-Kamenz, dem Parteitag plausibel zu machen, daß in der Provinz die Unternehmer der Feier des 1. Mai keine Schwierigkeiten entgegenstellen. Auf die Zwischenrufe betont er noch, ja selbst dann geschehe dies nicht, wenn mit der Feier des 1. Mai weitere Forderungen verbunden werden und werde das Unternehmertum sich mehr und mehr damit einverstanden erklären.

Ein Antrag Fink-Wiesbaden verlangte unter anderem auch, daß am 1. Mai mit der Forderung der Arbeitsruhe an die Unternehmer herangetreten werden soll und ein Antrag des 4. sächsischen Reichstagswahlkreises verlangte, daß für die Arbeitsruhe am 1. Mai 1897 in nachdrücklichster Weise agitiert und auch für dieses Jahr darauf hingewiesen würde, daß alle, die in der Lage sind den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, dies durchführen.

Allerseits wurden also Verschärfung in der Maifeierfrage verlangt, aber keiner dieser Redner nahm darauf Rücksicht, wer die Kosten der Folgen der Durchführung trägt und auch keiner der Redner gedachte der Opfer, die infolge der Durchführung dieser Wünsche fallen mußten und auch fielen.

## Der Parteitag in Hamburg 1897.

Neue Fortschritte in der Arbeitsruhe verzeichnet der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Hamburg. Es heißt dort:

Nach den uns zugegangenen Berichten, sowie den Feststellungen der Parteipresse gehörte die diesjährige Maifeier zu den imposantesten von den Arbeitern veranstalteten Demonstrationen. Alle gehegten Bedenken, die Demonstration könne durch den Umstand, daß der 1. Mai auf einen Sonnabend fiel, Einbuße erleiden, haben sich als hinfällig erwiesen. Auch das in einem großen Teil Deutschlands vorherrschende Regenwetter vermochte nicht die Feststimmung und Festfreude zu beeinträchtigen. Durchweg waren die Morgenersammlungen stärker wie im Vorjahr besucht. Der befehlende

Gedanke der Maidemonstration hat fest und unausrottbar in den Herzen auch der deutschen Arbeiter Wurzel geschlagen.

Der Weisung der Pressorgane der Scharfmacherliques entsprechend, hatten verschiedene Unternehmerkoalitionen den Arbeitern die Aussperrung angedroht für den Fall, daß sie die Arbeit am 1. Mai ruhen ließen. Zu einem Ernstfall in der angedrohten Richtung hat nur die Aussperrung der Formner in Leipzig geführt. Andere Aussperrungen, die bei den Holzarbeitern und den Metallarbeitern in Berlin vorkamen, konnten durch vorhandene Arbeitsgelegenheit ausgeglichen werden.

Andere Versuche, mit Aussperrungen die Arbeiter zu bestrafen, scheiterten an deren Einmütigkeit und Geschlossenheit. So bei den Maurern in Magdeburg und den Pianomechanikarbeitern von Morgenstern & Rotrade in Leipzig. Eine andere Gruppe der Arbeiter nahm die Aussperrung zum Anlaß, in eine Lohnbewegung einzutreten, womit der von den Unternehmern mit der Aussperrung beabsichtigte Zweck hinfällig wurde. Der berührte Streikfall der Leipziger Formner endigte nach achttägiger Dauer, nachdem die Unternehmer die angedrohte 10 prozentige Lohnreduktion hatten fallen lassen. Wirkte auf das deutsche Unternehmertum nicht der unheilvolle Einfluß der Stumm, Bueck, Mühle, Laisz etc., die Maidemonstration böte weniger Anlaß zu einem Zerwürfniß zwischen den Arbeitern und Unternehmern. Im nächsten Jahre fällt der 1. Mai auf einen Sonntag. Es erübrigt sich somit für die nächste Maifeier den Genossen eine Richtschnur bezüglich der Arbeitsruhe zu geben. Nichtsdestoweniger dürfen wir wohl die Erwartung aussprechen, daß allenthalben die Feier eine würdige, die Grundlagen der Demonstration scharf und prägnant heraushebende sein wird, sein muß. Dies kann und wird am besten durch Abhaltung von Massenversammlungen am Morgen des Tages geschehen, während der Nachmittag den anderweitigen Veranstaltungen zu widmen ist. Der Ernst, die Ruhe, die Würde und die Gründlichkeit, womit die Arbeiter bei allen ihren Aktionen zu Werke gehen, haben unsere Machtstellung begründet, so auch der Maidemonstration siegreich Bahn gebrochen.

Aber auch aus diesem Freudenbecher schmeckt der bittere Wermutstropfen vor, den die Unternehmer durch Aussperrungen und Maßregelungen hineinfallen ließen.

Ganz abgesehen von den 3—6tägigen Aussperrungen, die keine weitere Schädigung als den Entgang des Arbeitsverdienstes für die Beteiligten mit sich brachte, wurden auch wieder eine Anzahl „mißliebiger Arbeiter entlassen. Eine Firma in Leipzig hatte den Formnern Entlassungsscheine folgenden Wortlauts ausgehändigt:

Der Formner N. N. hat vom . . . bis heute bei uns in Arbeit gestanden und hat dieselbe heute verlassen.

Leipzig-Magwitz, den 1. Mai 1897.

Daß diese Leute als Maidemonstranten dadurch gekennzeichnet wurden, ist selbstverständlich und ebenso die dadurch hervorgerufene Schädigung.

Am Parteitag empfahl der Berichterstatter Förster die Annahme der Gothaer Resolution. Er betonte, da der 1. Mai im nächsten Jahre auf einen Sonntag fällt, seien weitere Direktiven nicht notwendig.

Diesem Parteitag lag ein Antrag aus dem 1. Hamburger Wahlkreis vor, der verlangte:

die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai fallen zu lassen.

Dieser Antrag wurde von Stolten-Hamburg wie folgt begründet:

Ich weiß von vornherein, daß der Antrag des ersten Hamburger Wahlkreises keine Aussicht hat, von diesem Parteitage angenommen zu werden. Ich bekenne mich als Urheber des Antrages und werde versuchen, ihn zu begründen. Die Überzeugung von seiner Aussichtslosigkeit habe ich aus Gesprächen und aus der ganzen Stimmung des Parteitages geschöpft. Auch in der Parteipresse ist man über den Antrag hergefallen, und ich gestehe, es war berechtigter Anlaß dazu, weil er im Gegensatz zu den bisherigen Beschlüssen der Maifeier eine andere Richtung geben will. Zunächst will ich feststellen, daß in Paris die Arbeitsruhe nicht beschlossen worden ist. Erst später ist in der Agitation der Gedanke der Arbeitsruhe aufgetaucht. Spätere Beschlüsse haben in verschärfter Weise auf die Arbeitsruhe hingewirkt. Sie fordern die Arbeiter auf, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen, soweit es geschehen kann, ohne daß die Interessen der Arbeiter geschädigt werden. Aber wir müssen uns sagen: wir haben nicht erreicht, was wir damit erreichen wollten. Die Art und Weise, wie jetzt die Maifeier begangen wird, ist unhaltbar, weil sie eine Halbheit ist. Entweder begehen wir die Maifeier durch wirkliche Arbeitsruhe, oder wir lassen die Arbeitsruhe ganz fallen. Die Genossen im Lande haben sich nun sehr gewundert, daß ein solcher Antrag aus Hamburg, der Hochburg der Sozialdemokratie, kommen konnte. Ich will nun von vornherein bekennen, daß in jener Volksversammlung, wo der Antrag angenommen wurde, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Anwesenden überhaupt stimmte, von diesen aber die Mehrheit für den Antrag gestimmt hat. Das mag daran gelegen haben, daß wir nicht zu Ende diskutieren konnten, weil das Vokal zu bestimmter Stunde geräumt werden mußte. An den sachlichen Gründen aber wird damit nichts geändert. Wo haben wir in Deutschland denn bisher die Arbeitsruhe gehabt? Einzig in den Großstädten. In den kleinen Städten so gut wie gar nicht. In den Großstädten aber war die Arbeitsruhe auch nicht so, wie wir es erwarten können. Wenn die Sozialdemokratie dazu aufgefördert, den 1. Mai nach Möglichkeit durch Arbeitsruhe zu feiern, mußte doch der Erfolg ein ganz anderer sein. In Hamburg hatten wir in diesem Jahre am 1. Mai eine große Morgenversammlung, an der sich 6000 Personen — gut gerechnet — beteiligten. Aber diese 6000 waren durchaus nicht alle abhängige Arbeiter. Da waren z. B. die 150 Mann, die im „Gcho“ arbeiten, dann kleine Geschäftsleute, selbständige Handwerker, Krankenkassen-Angestellte usw. Nur die gute Hälfte war vielleicht abhängige Arbeiter. Diese Beteiligung ist nicht ausreichend für eine Stadt wie Hamburg, die mit der Umgebung 20000 Arbeiter in sozialdemokratischen Vereinen zählt. Wir haben uns jahrelang damit getröstet, die geringe Beteiligung an der Arbeitsruhe sei die Folge schlechter geschäftlicher Verhältnisse. Wir haben jetzt aber im zweiten Jahre so günstige Geschäftsverhältnisse, wie wir sie voraussichtlich unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt nicht mehr besser bekommen werden. Und doch ist die Entwicklung der Arbeitsruhe im günstigen Sinne ausgeblieben. Woher kommt das? Die Sache liegt ganz einfach. Die große Masse sagt sich, wenn wir demonstrieren unter der Gefahr, schwere persönliche Verluste zu erleiden, so müssen wir einen greifbaren Erfolg sehen. Den bietet die Maifeier nicht. Die Freigabe des 1. Mai, was wird damit für die Arbeiter gewonnen? Sollen sie demonstrieren, bloß um einen Feiertag im Jahr mehr zu haben? Man sagt: wir feiern den 1. Mai, weil wir den Gegnern unsere Macht zeigen wollen. Wenn man aber den Gegnern die Arbeitsruhe abtrogen will, dann muß man den Mut und die Kraft haben, alles auf eine Karte zu setzen. Wie aber kann man glauben, etwas abzutrogen, tropfenweise, körnerweise von Jahr zu Jahr, wo immer ein Duzend und noch ein Duzend sich anschließt an die Demonstration durch Arbeitsruhe. Das vermag ich nicht zu glauben. So können wir die Massen nicht gewinnen. Die Masse sagt sich: Wenn wir unsere Existenz einsetzen, dann muß das dadurch zu Erreichende wenigstens der Mühe wert sein. Denken wir an Amerika, an den Labour Day. Anfang der achtziger Jahre agitierten die amerikanischen Arbeiter für die Freigabe dieses Tages. Die amerikanischen Unternehmer waren

schlau, sie haben die Forderung bewilligt, statt sie zu einer Machfrage zu machen. Heute legt niemand in Amerika noch besonderes Gewicht auf den Labour Day. Wenn unsere deutschen Unternehmer so klug wie ihre amerikanischen Kollegen gewesen wären, viele von denen, die jetzt für die Maifeier so entschieden eintreten, würden gar nicht mehr davon sprechen. So ist eben nichts zu erreichen durch die fortgesetzte Agitation. Durch die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai verschlechtern wir auch unsere Position im Kampfe gegen die Unternehmer. Nichts ist gefährlicher, als den Gegner vorher von unseren Absichten zu unterrichten. Auf den 1. Mai sind sie immer gerüstet, und die durch denselben hervorgerufenen Ausperrungen haben fast keinen Erfolg für die Arbeiter gebracht. Jetzt haben die Unternehmer es in der Hand, wenn sie wollen, uns jedes Jahr in einen großen Zustand hineinzuhaken. Wenn wir die Forderung der Arbeitsruhe fortlassen, können wir der Maifeier einen viel schärferen Charakter aufprägen. Es gibt eine Reihe von Arbeitern, auch gut organisierter, die durch ihre wirtschaftliche Stellung nicht in der Lage sind, zu feiern. In welcher Lage kommen diese Genossen den anderen gegenüber? Diese Genossen, die am Morgen zur Feier nicht erscheinen können, scheuen sich vielleicht auch am Abend, zu erscheinen. Also dadurch wird die ganze Feier verdoeben. Darum fort mit der Halbheit. Sagen wir: der 1. Mai gehört dem Proletariat. Am 1. Mai werden Mittel gesammelt zum Kampfe! Arbeiten sollen die Genossen an diesem Tage, und die Hälfte ihres verdienten Tagelohns soll der Organisation gehören. Dann wird der Mai bedeuten: volle Kassen; heute bedeutet er: leere Kassen, weil die im Gefolge kommenden Maßregelungen die Organisation auf längere Zeit schwächen. Die Entscheidung brennt uns nicht auf den Nägeln, und wir könnten vielleicht den Umstand, daß die nächstjährige Feier auf einen Sonntag fällt, benutzen, um den praktischen Vorschlag der Engländer zu befolgen und von da an die Maifeier auf den Sonntag nach dem 1. Mai zu verlegen. Ich halte das für einen sehr glücklichen Gedanken. Gewiß müssen internationale Abmachungen gehalten werden. Aber gerade deshalb habe ich die Frage so frühzeitig angeregt, daß, wenn die Entscheidung auf dem nächsten internationalen Kongresse fällt, die Frage nach allen Richtungen durchdiskutiert ist. Zu dieser Diskussion die Anregung zu geben, war der Zweck des Antrages.

Zu den Ausführungen Stolten ist nichts hinzuzufügen, denn sie entsprechen den gemachten Erfahrungen. Wenn Stolten aber seine Hoffnungen auf den nächsten internationalen Kongreß setzte, so war dies überflüssig, denn sowenig wie der internationale Kongreß 1896 Zeit und Ursache hatte, sich mit der Maifeierfrage eingehender zu beschäftigen, sowenig hatte sie auch der internationale Kongreß 1900.

Aber auch auf dem Parteitag selbst hielt man es nicht für notwendig, sich mit diesem Blümchen „Rühmichnichtan“ näher zu beschäftigen.

Es wurde durch einen Antrag Lange=Leipzig den Genossen in den einzelnen Orten empfohlen:

In Anbetracht, daß der 1. Mai im nächsten Jahre auf einen Sonntag fällt, sieht der Parteitag davon ab, diesmal eine Diskussion über diese Frage zu führen, er erwartet von den Genossen, daß sie in allen Kreisen die Frage erörtern, und daß sie dann auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gestellt wird.

Welche Schwierigkeiten einer solchen örtlichen Behandlung dieser Frage entgegenstehen, diese Erfahrungen sind schon wiederholt gemacht worden. Wird diese Frage angeregt, dann wird sofort das Gespenst an die Wand gemalt, die Maifeier soll abgeschafft werden und

der Anreger, der von den ehrlichsten Absichten getragen ist, wird bekämpft. Es wird ihm entgegengehalten, diese Frage muß auf Parteitagen und kann nur endgültig auf dem internationalen Kongreß behandelt werden. Der Parteitag weist sie an die Parteigenossen und auf den internationalen Kongreß zurück und die ersteren verlassen sich dann auf den nächsten Kongreß und dieser läßt sich auf die Frage erst garnicht ein oder er verläßt sie, ehe er sie behandelt hat. So geht das weiter und die Regelung findet nie statt.

Schade=Halle war allerdings für Behandlung dieser Frage, aber in dem Sinne, daß der Antrag abgelehnt wird. Er sagte:

Wir haben alle Ursache, diese brennende Frage jetzt zu erörtern. Ich ersuche dringend um Ablehnung dieses Antrages. Schaffen Sie nicht noch mehr Wirrwarr, als er bisher schon bestand. Wollen wir eine Kampfpartei bleiben, so muß der Hamburger Antrag grundsätzlich abgelehnt werden.

Bezeichnend ist in diesen Ausführungen, daß ein Wirrwarr als vorhanden anerkannt wird, daß der Redner aber auf dem Standpunkt steht, daß man diesen Wirrwarr nicht durch Klärung aus der Welt schaffen soll, sondern dadurch, daß man die Augen verschließt. Auch das Geständnis ist interessant, daß, weil wir eine Kampfpartei bleiben wollen, wir die alljährlichen Niederlagen, die uns die Maifeier bringt, ruhig hinnehmen müssen.

Dreher=Dresden führt gegen den Antrag aus:

Am 1. Mai 1890 zogen 12000 Arbeiter über die Augustusbrücke in Dresden, seitdem hat der Gedanke der Maifeier bei uns mehr und mehr noch an Boden gewonnen. Es wäre ganz falsch, einen Beschluß zu fassen nur mit Rücksicht auf die vielleicht eigentümlichen Verhältnisse in Hamburg. Es ist ganz falsch, daß nur in den Industriezentren die Arbeitsruhe stattfindet. Ich bin überzeugt, fassen Sie einen Beschluß gegen die Maifeier, wird den meisten Delegierten in ihren Kreisen gehörig der Kopf gewaschen. Wie wir als Partei groß geworden sind, wird auch der Gedanke der Maifeier sich auswachsen.

Sindermann=Dresden begründet seine ablehnende Haltung gegenüber dem Antrag Hamburg damit, daß uns die Österreicher auslachen müßten, wenn sie hören, daß man die Arbeitsruhe abschaffen wollte.

Fräulein Bader=Berlin:

Auch ich ersuche dringend um Ablehnung des Hamburger Antrages. Naturgemäß mußte in Hamburg nach den Opfern des letzten Streiks ein Rückschlag erfolgen, und das hat auf die Hamburger deprimierend gewirkt. Die agitatorische Wirkung der Maifeier ist nicht zu unterschätzen. Gerade für die politisch entrechteten Frauen ist es von großem Wert. An diesem Tage können wir Massen in die Versammlungen bringen, wie es sonst nicht möglich wäre. Männer, die sonst ihre Frauen zu Hause lassen, bringen sie an diesem Tage in die Versammlungen. Der Maifeier muß noch viel mehr der Charakter des politischen und wirtschaftlichen Kampfes aufgeprägt werden. An diesem Tage können wir den Frauen die Bedeutung des Nachmittages recht klar machen. Der Kampf ist schwer, aber ohne Kampf kommen wir nicht vorwärts. Wir haben Opfer zu bringen und werden sie bringen, um unsere Ideen zum Siege zu führen.

Quark=Wiesbaden führte aus:

Erinnern Sie sich, mit welchem Wutgeheul die Maifeier das erstemal von der Bourgeoisie aufgenommen wurde. Jetzt hat sie sich schon teilweise

Anerkennung erzwungen. Das kann man doch nicht einen Rückschritt des Gedankens der Arbeitsruhe in Deutschland nennen. Schwierig wird die Durchführung bei uns infolge unseres so außerordentlich zurückgebliebenen Koalitions- und Versammlungsrechts. Aber der Proletarier will auch einmal einen Feiertag aus eigener Kraft, der ihm nicht von Kapitals wegen zudiktirt wird. Für den Proletarier hat der 1. Mai einen idealen Gehalt, und ich protestiere gegen die nüchterne Auffassung Stolzens, die das verkennet und die kein Ersatzmittel bietet, über das sich reden ließe. Nehmen Sie seinen Antrag möglichst einstimmig ab. Der deutsche Charakter ist etwas spröder politischen Demonstrationen gegenüber als der romanische und der englische, aber die einzige ständige Demonstration im Jahre, die wir haben, wollen wir doch mindestens solange behalten, bis uns Besseres vorgeschlagen wird.

Auf die von allen Seiten kommenden Entgegnungen hin zog Stolten seinen Antrag zurück, da ja nach Lage der Sache doch keine Aussicht auf dessen Annahme vorhanden war. Eine weitere Diskussion mußte sich erübrigen, wenn fogar, wie dies Quark tat, gegen die „nüchterne“ Auffassung Stolzens protestirt wurde.

Die Maifeierresolution wurde angenommen und damit war diese Frage wieder einmal abgetan.

## Der Parteitag in Stuttgart 1898.

Über die Maidemonstration 1898 wird an dem Parteitag in Stuttgart berichtet:

Die 1. Mai-Demonstration ist in diesem Jahre, vom prachtvollsten Wetter begünstigt, großartig verlaufen. Die Versammlungen und Feste waren überall überfüllt, und die Genossen benutzten die Massenansammlungen dazu, den Anwesenden neben der Bedeutung der Maifeier besonders auch die bevorstehenden Reichstagswahlen ins Gedächtnis zu rufen. Da dieses Mal der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, so ist von den sonst üblichen Maßregelungen von seiten der Unternehmer aus Anlaß der Maifeier und der damit verbundenen Arbeitsruhe dieses Mal nichts zu berichten. Dagegen hat es an polizeilichen Scherereien auch heuer nicht gefehlt, und besonders in einigen Bezirken Sachsens hat es Strafmandate geregnet, weil als Sozialdemokraten bekannte Arbeiter sich erlaubt hatten, am Sonntag den 1. Mai mit ihren Familien und Freunden irgendein Vergnügungsort aufzusuchen. Mehrere Amtshauptmannschaften hatten nämlich für den 1. Mai „Massenspaziergänge“ verboten. Da aber unsere Genossen nicht nach den Treffpunkten fliegen können, so erfolgten die Strafmandate.

An diesem Parteitag wurde vom 6. sächsischen Wahlkreis beantragt:

1. Die Parteileitung wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß eine planmäßige Agitation für den Achtstundentag in Versammlungen, durch die Presse und Flugblätter betrieben wird.

2. Der Parteitag wiederholt die Forderung, für die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai zu sorgen.

Der Berichterstatter zu diesem Punkt, Pfannkuch, führte aus: Der Hamburger Parteitag lehnte es ab, die vorjährige Resolution als bindend für mehrere Jahre zu fassen, wir müssen uns also auch heute wieder mit der Frage beschäftigen. Ein Grund, in der Maifeier eine Änderung eintreten zu lassen, liegt nicht vor, und deshalb schlage ich Ihnen namens der Parteileitung heute wieder die Annahme der Hamburger Resolution vor. . . .

In Hamburg machte Genosse Stolten den Versuch, eine Änderung herbeizuführen, aber die Debatte zeigte, daß hierfür keine Neigung vorhanden war. Soweit ich die parteigenösslichen Kreise kenne, besteht auch heute nicht die Absicht, eine Änderung an unserem bisherigen Verhalten zu treffen, wir werden also gut tun, die Hamburger Resolution anzunehmen. Der Antrag der Genossen des 6. sächsischen Kreises ist wahrscheinlich deshalb gestellt, weil der Parteivorstand in diesem Jahre keinen Aufruf erlassen hat, aber die Agitation war bereits allerorts im Gange, so daß es gegenstandslos geworden war, die Genossen noch besonders anzufeuern. Ich halte den Antrag für überflüssig, denn wenn es sich als notwendig herausstellen wird, eine planmäßige Agitation einzuleiten, so wird es der Parteivorstand von selbst tun, und daß dabei die Frage des Achtstundentages in den Vordergrund treten wird, ist selbstverständlich. Es ist nicht nötig, der Parteileitung noch eine besondere Direktive zu geben. Man glaubt von bestimmter Seite immer darüber wachen zu müssen, daß die Parteileitung ihre Pflicht erfüllt, bis jetzt haben aber die zweitägigen Verhandlungen ergeben, daß die Genossen mit der Tätigkeit der Parteileitung zufrieden gewesen sind.

Was den zweiten Antrag betrifft, so ist derselbe abgelehnt, sobald Sie die vom Parteivorstand beantragte Resolution annehmen. Ich meine, wir haben keine Veranlassung, die Kraftprobe mit dem Kapitalismus zu suchen. Können wir ihr nicht ausweichen, so wird sich kein Genosse finden, der feige genug wäre, ihr auszuweichen. Solange uns aber die Kraftprobe nicht aufgedrängt wird, werden wir sie nicht suchen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen und einstimmig die vom Parteivorstand beantragte Resolution anzunehmen.

Die beiden Anträge aus Sachsen werden zurückgezogen und die Resolution des Parteivorstandes angenommen.

## Der Parteitag in Hannover 1899.

Auch dieser Parteitag nahm keine andere Stellung ein, obwohl der Vorstand mehrfach Aussperrung feststellte. Es hieß darin:

Die 1. Mai-Demonstration, an der sich auch im letzten Jahre die gesamte klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft beteiligte, ist fast überall glänzend verlaufen. In zahllosen Versammlungen am Vormittag des 1. Mai oder, wo solches nicht möglich war, am Abend dieses Tages, wurde die Bedeutung desselben für das kämpfende Proletariat dargelegt und entsprechende Resolutionen angenommen. Einige Unternehmer in der Möbel- und Holzbranche — besonders in Berlin und Leipzig — sperrten ihre Arbeiter, die am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, aus. Der Mangel an Ersatzarbeitern und der drängende Geschäftsgang belehrte die Herren aber bald eines Besseren, und sie waren froh, als die Ausgesperrten wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. Daneben fehlte es aber auch nicht an verständigen Unternehmern, die den Arbeitern den ganzen oder doch einen halben Tag aus eigenem Entschlusse freigaben. Auf alle Fälle hat der Verlauf der Mai-Demonstration auch dieses Jahr wieder bewiesen, daß der Gedanke der Maifeier unausrottbar in den Herzen der klassenbewußten Arbeiter eingegraben ist.

Berichterstatter Pfannkuch meinte:

Die Zeit des Parteitages brauche ich mit der Unterbreitung einer Resolution, die Maifeier betreffend, nur kurz in Anspruch zu nehmen. Anträge dazu liegen nicht vor. Die Partei ist mit der Art und Weise, wie die Maifeier seit dem Parteitag in Gotha gehalten worden ist, einverstanden. . . .

Die Arbeitsruhe am 1. Mai hat sich immer mehr eingelebt, sie wird immer mehr innegehalten werden, bis wir das Ziel, das wir mit der Manifestation der Maifeier erstreben, erreicht haben werden.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Seit dem Breslauer Parteitag steigerte sich die Stimmung für die Arbeitsruhe am 1. Mai fortgesetzt und damit verschwand immer mehr die Hoffnung, daß die von vielen erwartete Änderung auf dem internationalen Kongreß 1900 beschlossen würde.

## Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in Paris 1900.

Tatsächlich brachte der internationale Kongreß des Jahres 1900 in Paris in der Maifeierfrage ebensowenig eine Regelung wie seine Vorgänger. Man hielt es nicht einmal für notwendig, sich mit der Frage auch nur eingehend zu beschäftigen. Im Protokoll über den internationalen Kongreß sind nur einige Zeilen darüber enthalten, und hat zu Punkt Maifeier der Referent Bömelburg = Hamburg folgendes berichtet und die anschließende Resolution empfohlen:

Bisher haben alle internationalen Kongresse seit 1889 sich mit der vorliegenden Frage beschäftigt. Die Kommission war der Meinung, daß heute kein Grund zur Änderung des Brüsseler und Londoner Beschlusses vorliege. Sie schlägt daher einstimmig folgende Resolution vor:

Der internationale Kongreß zu Paris 1900 schließt sich bezüglich der Feier des 1. Mai den Beschlüssen früherer Kongresse an. Er erblickt in der Maifeier eine wirksame Demonstration für den Achtstundentag und in der Arbeitsruhe die wirksamste Form der Demonstration.

Zwei Nationen verlangten völlige Arbeitsruhe. Die Mehrheit lehnte eine Verschärfung der Resolution ab, „weil die Voraussetzung zur Durchführung völliger Arbeitsruhe, starke Gewerkschaften, noch fehle. Es müsse daher überall für Stärkung der Gewerkschaften agitiert, und die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitern mehr als bisher vor Augen geführt werden.“

Wie auf früheren, so wurde auch auf diesem Kongreß von französischer Seite eine Verschärfung der Maireolution vorgeschlagen. Inwieweit, geht allerdings aus dem Protokoll nicht hervor, sondern es heißt darüber nur, daß ein Franzose Founod eine schärfere Fassung vorgeschlagen hatte, und die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Die Hoffnungen derer, die geglaubt hatten, der internationale Kongreß würde sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen, hatten sich abermals nicht erfüllt. Die Parole lautete: „Es bleibt beim Alten!“

## Der Parteitag in Mainz 1900.

Auf diesem Parteitage berichtete der Parteivorstand über die Maifeier folgendes:

Die Maifeier als Demonstration für die Massenforderungen des Proletariats, für die internationale Solidarität und den Völkerfrieden, nahm auch in diesem Jahre einen großartigen Verlauf. Die Auffassung, daß die würdigste Form der Demonstration die allgemeine Arbeitsruhe ist, ist dies-



mal stärker wie vorher zum Ausdruck gelangt. An den am Vormittag des 1. Mai veranstalteten Versammlungen und Ausflügen war die Beteiligung eine starke, namentlich in den großen Parteiorten. Diese Tatsache wurde selbst von der bürgerlichen Presse, wenn auch mit den üblichen Verlegenheitsphrasen, anerkannt. In einzelnen Orten, wie z. B. in Harburg, Lübeck, Gera, Halle und anderen Orten, wurden die Maurer, Zimmerer, Maschinenbauer und Holzarbeiter ausgesperrt. Doch kam es dieserhalb, außer in Lübeck, nicht zu größeren Differenzen. Die Ausgesperrten wurden untergebracht, weshalb sich die Unternehmer beeilten, ihre Werkstätten zu öffnen, um nicht den Stamm ihrer geschulten Leute zu verlieren. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß in diesem Jahre die Zahl der Unternehmer eine erkleckliche war, die anerkennen, daß die Arbeiter, die das Opfer eines Arbeitstages für ihre Ideale bringen, nicht die schlechtesten sind, und deshalb den Wünschen ihrer Arbeiter auf Freigabe des 1. Mai bereitwilligst entgegenkamen. . . .

Außer den angegebenen Orten, wo Aussperrungen infolge der Maifeier stattfanden, fanden Differenzen in einer großen Anzahl anderer Städte statt, die aber wegen der Bedeutungslosigkeit, die jeder Einzelfall an sich darstellte, nicht zur Geltung kamen. Auch die Zahl der deswegen stattgefundenen Entlassungen und Maßregelungen u. s. w. ist selbstverständlich nicht aufgezeichnet und kann daher über den Umfang derselben ein Schluß nicht gezogen werden.

Durch dieses scheinbar gute Resultat veranlaßt, glaubte auch der Parteivorstand mehr als bisher für die Arbeitsruhe einwirken zu müssen. Es wurde in der Resolution, die der Referent Meßner dem Parteitag vorlegte, den Arbeitern und Arbeiterorganisationen wieder zur Pflicht gemacht, für die allgemeine Arbeitsruhe einzutreten und dort wo die Möglichkeit vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

## Der Parteitag in Lübeck 1901.

Der internationale Arbeiterkongreß in Paris 1900 hatte wie schon erwähnt, ohne Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der internationale Kongreß zu Paris 1900 schließt sich bezüglich der Feier des 1. Mai den Beschlüssen früherer Kongresse an. Er erblickt in der Maifeier eine wirksame Demonstration für den Achtstundentag und in der Arbeitsruhe die wirksamste Form der Demonstration.

War es nach dem bisherigen Verlaufe der Dinge an sich nicht verwunderlich, daß man sich in Deutschland an diesen Beschluß halten zu müssen glaubte, so erschien das geradezu selbstverständlich, wenn man den Bericht des Parteivorstandes über den Verlauf der Maifeier 1901 liest. In dem Bericht heißt es:

Die Maifeier ist großartig verlaufen. Die stille Hoffnung der Scharmacher, die Arbeiter würden unter dem sich geltend machenden Druck des wirtschaftlichen Niedergangs sich nicht getrauen, am Arbeiterweltfeiertag für den Achtstundentag, den Völkerverfrieden und der Arbeiterverbrüderung durch Arbeitsruhe zu demonstrieren, ist gründlich getäuscht. Die Drohungen der Unternehmerpresse vershloßen vollständig ihren Zweck. Die Berichte aus allen Gegenden Deutschlands stimmen darin überein, daß die Arbeitsruhe viel umfangreicher von den Arbeitern betätigt wurde, wie in dem vorausgegangenen Jahre. Die Idee der Maifeier und mit dieser die praktische

Betätigung erobert unaufhaltsam die Herzen der Arbeiter. In den Städten waren die Vormittagsversammlungen bereits überfüllt und bei den Abendveranstaltungen hätten die Säle noch einmal so groß sein können, sie hätten die Erschienenen nicht alle fassen können. Das war ein Zu- und Abfluten, ein Kommen und Gehen von Massen, die doch nur durch die Ideale der Arbeiterbewegung auf die Beine gebracht werden können.

Die diesjährige Maifeier gewann noch dadurch eine erhöhte Bedeutung, daß die deutschen Arbeiter gegen die zarische Vergewaltigung protestierten, die gegen die für die Lehr- und Versammlungsfreiheit öffentlich eingetretenen verbrüdereten Studenten und Arbeiter verübt worden war.

Die in einzelnen Städten den feiernden Arbeitern von den Unternehmern angedrohten und ausgeführten Aussperrungen wurden von den Arbeitern gleichmütig hingenommen. Meistens handelte es sich um eine dreitägige bis zum Wochenschluß ausgedehnte Arbeitsruhe. Die Arbeiter waren klug genug, die in der Aussperrung liegende Provokation unbeachtet zu lassen.

Ganz so leicht, wie es hier geschieht, waren die Aussperrungen denn doch nicht zu nehmen. An den Aussperrungen waren tausende von Arbeitern beteiligt.

Hauptsächlich die Berliner Metallindustrie stellt alljährlich einen großen Teil ausgesperrter Maidemonstranten, die kürzere oder längere Zeit ausgesperrt und teilweise monatelang arbeitslos blieben.

Aus dem mündlichen Bericht von Th. Mezner klang dasselbe Lob, wie aus dem schriftlichen Bericht. Dieselbe Resolution wurde angenommen wie im Vorjahre.

Von Wichtigkeit war folgender Antrag Nr. 95 aus dem 4. Wahlkreis Berlin-Süd-Ost:

Der Parteitag möge entscheiden, wie weit die gewerkschaftlichen Zentralverbände berechtigt sind, die Beschlüsse der internationalen Kongresse betreffend die Maifeier zu hintertreiben resp. sich den aus diesen Beschlüssen entstehenden Konsequenzen zu entziehen, wie es im vorigen Jahre der Metallarbeiterverband, in diesem Jahre der Buchdruckerverband und einige andere Verbände durch Bekanntmachungen an die Vorstände getan haben.

Hoffmann-Berlin begründet diesen Antrag, setzt aber hinzu, daß sie zu dieser Vertretung genötigt sind, aber sonst auf dem Standpunkt stehen, daß man die Verbände nicht zwingen kann einen anderen Standpunkt einzunehmen.

Gerisch führte aus:

Nach der Begründung des Antrages durch Hoffmann brauche ich Sie nicht erst um die Ablehnung des Berliner Antrages zu bitten. Der Vorwurf, der den Metallarbeitern gemacht ist, ist absolut unbegründet. Allerdings hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes im vorigen Jahre ein Zirkular erlassen, indem er vor leeren Demonstrationen warnte. Die Generalversammlung des Verbandes hat aber den Fehler des Vorstandes, soweit man von einem solchen überhaupt reden kann, wieder reichlich gutgemacht, indem sie den Beschluß faßte, daß in allen Betrieben, in denen drei Fünftel der Beschäftigten vollberechtigte Verbandsmitglieder sind, eine Abstimmung über die Art der Maifeier stattfinden muß. Weiter zu gehen, kann man von dem Metallarbeiterverband unter keinen Umständen verlangen, da es noch sehr fraglich ist, ob er die aus dem gedachten Beschlüsse sich ergebenden Verpflichtungen gegenüber gemäßregelten Mitgliedern auf die Dauer wird tragen können.

Das in Rede stehende Zirkular des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes hatte folgenden Wortlaut:

## An die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Werte Kollegen!

Wie alljährlich, dürften auch in diesem Jahre die Vorbereitungen zur Feier des 1. Mai auch seitens der in unserem Verbandsorganisierten Kollegen getroffen werden und dabei häufig der Wunsch zutage treten, diesen Tag durch Arbeitsruhe zu begehen.

Vielfach in früheren Jahren gemachte unliebsame Erfahrungen lassen es daher angebracht erscheinen, auch die Stellung des Vorstandes in dieser Frage rechtzeitig zum Ausdruck zu bringen, um voreiligen Schritten nach dieser Richtung hin vorzubeugen.

Wenngleich die Maifeier eine vorwiegend politische Demonstration zur Erreichung des gesetzlichen Achtstundentags ist und mit den gewerkschaftlichen Aufgaben nur insoweit in Zusammenhang gebracht werden kann, als auch diese in der sukzessiven Verkürzung der Arbeitszeit gipfeln, so wird man es keinem Verbandsmitgliede verargen können, wenn es als politisch organisierter Arbeiter sich durch Ruhenlassen der Arbeit an dieser politischen Demonstration hervorragend zu beteiligen wünscht. Es muß aber hierbei in vorsichtiger Weise vorgegangen und es darf keineswegs mehr unternommen werden, als jeder einzelne Verbandskollege selbst an Folgen auf sich zu nehmen vermag.

Die sozialdemokratische Partei, als die Veranstalterin der Maifeier, hat sich auf ihren Parteitag stets auf den Standpunkt gestellt, die Arbeitsruhe am 1. Mai überall da als wünschenswert zu bezeichnen, wo sie ohne Nachteil für die betreffenden feiernden Arbeiter eintreten kann. Die Verantwortung für jede weitere Handlung hat die Partei als Veranstalterin der Maifeier für sich abgelehnt und demjenigen, der weiter geht, selbst aufgebürdet.

Aus dieser Stellung der die Maifeier regelnden Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage ergibt sich die Stellung der Gewerkschaften und auch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von selbst.

Der Verband, der die Aufgabe hat, durch positive Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse die Lage seiner Mitglieder zu heben, kann seine Mittel nicht leeren Demonstrationen opfern und muß sich daher auf den Standpunkt stellen, daß die Beteiligung an der Demonstration der Maifeier nur unter genauer Beobachtung der von den Veranstaltern erlassenen Vorschriften stattfindet, daß also nur derjenige sich an der Maifeier durch Arbeitsruhe beteiligt, der es ohne Nachteil für sein Arbeitsverhältnis tun kann.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß man nicht versuchen soll, überall die Arbeitsruhe auf gutlichem Wege zu erreichen. Gelingt dies nicht, so lasse man lieber von der Arbeitsruhe am 1. Mai ab, anstatt einen Konflikt dadurch heraufzubeschwören.

Wer aber dennoch glaubt, auf eine Demonstration durch Arbeitsruhe am 1. Mai nicht verzichten zu können, ohne Rücksicht auf die etwaigen Folgen, mag dies ruhig tun, dann aber auch die Folgen etwaiger Bestrafung nach der Arbeitsordnung oder Aussperrung auf sich nehmen. Häufig genug ist aber die Erfahrung gemacht worden, daß auf Aussperrungen wegen der Maifeier sofort mit Forderungen an die Unternehmer geantwortet wird. Dies ist schon deswegen falsch, weil die Aussperrungen meist nur wenige Tage dauern und von der Absicht diktiert werden, die Arbeiter zu reizen. Es erscheint daher entschieden praktischer, derartige Maßnahmen ruhig hinzunehmen und den Unternehmer gar nicht merken zu lassen, daß man sich durch seine Maßnahmen aufregt. Im übrigen können auch solche Forderungen vom Vorstand nach dem Statut nicht anerkannt werden, weil sie unter Nichtachtung der statutarischen Bestimmungen gestellt worden sind.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes von der Maifeier gegenüber der positiven gewerkschaftlichen Verbesserungsarbeit als einer leeren Demonstration gesprochen hat, wurde ihm besonders verübelt, und dieser Ausdruck war Grund genug, das ganze Rundschreiben, das nichts als eine Mahnung zur Vorsicht war, zu verdammen. Hierin lag aber um so weniger Grund vor, weil im Verband die Feier des 1. Mai noch nie zuvor als Verbandsache betrachtet worden war. Andererseits war aber die Maifeier als Demonstration so lange ein Messer ohne Klinge, solange wie bisher nur ein winziger Bruchteil der Arbeiter sich an ihr beteiligte, **das Gros der Arbeiter aber nicht feiern konnte und nicht feierte.**

Wer wollte auch behaupten, daß alle diejenigen, die feierten, es aus Überzeugung taten oder daß die Mehrzahl von ihnen überzeugte Klassenkämpfer waren. Bezeichnend ist übrigens, daß der Sturm der Entrüstung gegen die Bezeichnung „leere Demonstration“ von den anarchistischen Zeitungen ausging, denselben Blättern, die sich bislang über die Arbeitsruhe und die Vormittagsversammlungen am 1. Mai als Veranstaltungen von „sozialdemokratischen Budikern, Zigarrenhändlern und Parteibonzen“ lustig gemacht hatten. Der Einfluß dieser Richtung der Arbeiterbewegung auf die Haltung der sozialdemokratischen Partei ist allerdings leider nicht vereinzelt.

## Der Parteitag in München 1902.

Günstig lautete der Bericht des Parteivorstandes auch an den Parteitag in München und wurde der Verlauf der diesjährigen Maifeier, wie folgt, geschildert:

Die Feier des 1. Mai hat auch in diesem Jahre in umfanglichstem Maße und in würdigster Weise stattgefunden. — Das Unternehmertum hat vielfach die Gelegenheit wahrgenommen und die Arbeiter, die am 1. Mai nicht zur Arbeit erschienen waren, für den Rest der Woche von der Arbeit überhaupt ausgesperrt. Der schlechte Geschäftsgang ließ dem Proletariat dieses Auskunstmittel sehr angebracht erscheinen. Man traf damit zwei Fliegen auf einen Schlag. Man ersparte für ein paar Tage den Lohn für die Arbeiter und konnte zugleich die ordnungsparteiliche Gesinnung ins gebührende Licht stellen. Die Arbeiter haben für dieses billige Proletariat den nötigen Humor gehabt und aus den Gewerkschaftskassen den Gemäßregelten Ersatz geleistet. Alles in allem war die Zahl der letzteren nicht von besonderer Bedeutung. — Die Versammlungen, die am 1. Mai vormittags abgehalten wurden, waren durchweg sehr gut besucht. Abends fanden sich Hunderttausende zu den überall arrangierten Festen zusammen und bewiesen damit, daß der 1. Mai ein Weltfeiertag für das Proletariat im schönsten Sinne des Wortes geworden ist.

Die Polizei hat zur Maifeier in ihrer Weise beigetragen, indem sie die an verschiedenen Orten von unseren Genossen geplanten öffentlichen Umzüge vielfach aus sicherheitspolizeilichen Gründen verbot.

Von der auch in diesem Jahre erschienenen Maizeitung wurden 277 000 Exemplare abgesetzt.

Für den unwiderstehlichen Fortschritt, den die Arbeiterbewegung in Österreich nimmt und zu welchen kleinlichen Maßnahmen auch das dortige Unternehmertum greift, dafür spricht folgendes „vertrauliche“ Birkular:

An den Verband der Metallindustriellen für Ost- und Westpreußen.

Infolge des Beschlusses in der Ausschußsitzung vom 25. Sept. 1899 haben wir die Verpflichtung übernommen, Sie zu bitten, den Mitgliedern Ihres Verbandes rechtzeitig die Benachrichtigung zukommen zu lassen, daß die Feier des 1. Mai in unseren Betrieben nicht geduldet wird und daß die Feiernden als Streikende zu betrachten sind. Demgemäß wollen Sie Vorstehendes Ihren Mitgliedern mitteilen, damit in sämtlichen Betrieben ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.

Hochachtungsvoll

Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen.

H. Schimff, Vorsitzender.

Der Referent Fischer empfahl dieselbe Resolution, die schon der vorige Parteitag angenommen hatte.

Von Düsseldorf lag ein Antrag 59 vor, der verlangte:

Die Parteigenossen des ganzen Reiches sind verpflichtet, energischer als bisher für die allgemeine Arbeitsruhe am Tage des 1. Mai einzutreten.

Der Begründer dieses Antrages Windhoff=Düsseldorf führte aus:

Die Maifeier hat auf den Parteitagen immer die wenigste Zeit in Anspruch genommen. Ich bin nun der Meinung, daß der Parteitag mit der Durchführung seiner Beschlüsse Ernst machen muß. Es genügt nicht, Versammlungen zu halten und Feste zu feiern. Um Remedur zu schaffen, ist es angebracht, daß von den Genossen in den einzelnen Orten mehr geschieht. In manchen Orten Westfalens ist von einer Maifeier gar nichts zu hören. Würden die Genossen energisch eingreifen, dann müßte die größte Mehrzahl der Arbeiter, die bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmen, auch für die Arbeitsruhe eintreten. Resolutionen sind oft weiter nichts als Beschlüsse, die auf dem Papier stehen.

Müller=Görlitz ist ebenfalls mit der Art, wie die Maifeier jetzt in vielen Städten begangen wird, nicht einverstanden. Er nimmt aber nicht den Standpunkt der Düsseldorfer ein, sondern ist entgegengelegter Meinung:

Durch die Annahme noch so vieler scharfer Resolutionen werden wir keinen Schritt weiter kommen. Speziell wir in Schlesien können von unseren Gewerkschaftsorganisationen nicht verlangen, daß sie auf Einführung der Arbeitsruhe am 1. Mai drängen. In der Mitte der neunziger Jahre wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Maifeier durch die Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen zu ermöglichen sei. Die Organisationen sind inzwischen immer stärker geworden, aber gerade das Gegenteil der gehegten Erwartung ist eingetroffen. In Breslau hat Bebel gesagt, daß die Berliner Genossen die Durchführung der Maifeier den Gewerkschaften überlassen. Ich halte das für richtig und würde deshalb empfehlen, den letzten Teil der Resolution Fischer wegzulassen und es den Gewerkschaften zu überlassen, ob sie die Arbeitsruhe einführen wollen. Wenn das geschieht, so bin ich überzeugt, daß wir in einigen Jahren die Maifeier nicht mehr durch Arbeitsruhe begehen werden. Ich schließe mich der Meinung Mehrings an, daß unser bestes Demonstrationsmittel die Wahlen sind.

Pfannkuch schloß sich dem an und warnte vor Verschärfung der Resolution:

Die Maifeier wurde durch einen internationalen Beschluß festgesetzt. Wir Deutsche rechnen es uns als besonderes Verdienst an, daß wir die Maifeier in einer Weise zur Durchführung gebracht haben, wie sie unserer Arbeiterbewegung würdig ist; wir marschieren in dieser Beziehung an der Spitze aller Nationen. An den Beschlüssen zu rütteln, halte ich für zwecklos. Aber

ich meine, wir sollen auch nicht weiter gehen, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, mit denen wir im Augenblick sehr zu rechnen haben. Immerhin ist es gut, wenn auch der ideale Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird, und deshalb empfehle ich die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Auch Paul Hoffmann-Hamburg bittet, den Antrag 59 im Interesse des Ansehens der Maiseier abzulehnen:

Alle Ermahnungen nützen nichts, solange nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsruhe erlauben. Sogar bei uns in Hamburg ist es vorgekommen, daß einzelne Gewerkschaften infolge der schlechten Verhältnisse die Arbeitsruhe nicht durchzuführen empfahlen.

Behr-Leipzig ist für die Annahme und bittet um Zustimmung:

Die Maiseier soll auch in Zukunft so begangen werden, wie es die Partei bisher getan hat. Man hat ja schon hören müssen, die Partei werde schließlich froh sein, und es werde ihr ein Stein vom Herzen fallen, wenn sie die Maiseier auf die Gewerkschaften abwälzen könne und nicht mehr durchzuführen brauche. Pfannkuch hat ganz recht, wenn er verlangt, daß die idealen Zwecke festgehalten werden müssen. Ich stimme dem Genossen Müller zu, daß die Maiseier in Schlesien selbstverständlich zurzeit nicht durch Arbeitsruhe zu begeben ist; aber das beweist doch noch nichts gegen die großen Industriezentren.

Kolb-Karlsruhe hebt hervor, daß die heutigen Reden zeigen, daß es mit der Maiseier vielfach nicht mehr so genau genommen wird wie früher. Daran können auch die leidenschaftlichen Reden nichts ändern, sie scheitern an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Es kommt darauf an, möglichst imposante Demonstrationen zu veranstalten und daß am Abend wenigstens ordentliche Versammlungen veranstaltet werden, als wenn die Feier, wie es vielfach der Fall ist, in ein ganz gewöhnliches Vergnügen ausartet. Die Sache sollte auf dem internationalen Kongreß besprochen werden.

Wels-Berlin glaubt, daß Tausende von agitatorisch tätigen Personen mit ihm der Überzeugung sind, daß es so nicht weiter gehen kann. Er begrüßt es mit Freuden, daß hier zum erstenmal auf einem Parteitag die Diskussion darüber angeschnitten wird.

Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Wege zu ebnen, daß die Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen. Es muß aufhören, daß die Gewerkschaften die Konsequenzen der Auslegung dieses Parteitagsbeschlusses durch den einzelnen ziehen müssen, und gezwungen sind, jährlich Tausende Mark auszugeben, die für den Lohnkampf weit besser zu gebrauchen sind. In England kümmert sich kein Mensch darum, und wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir die Tatsachen offen besprechen.

Fischer führt in seinem Schlußwort aus:

Der Düsseldorfer Antrag ist unannehmbar, weil er in sich den Gedanken birgt, als ob unsere Resolution nur platonische Bedeutung hätte, und es uns mit dem Gedanken der Arbeitsruhe gar nicht ernst sei. Wie die Dinge heute liegen, und namentlich, wie hier der Gedanke begründet wird, müssen wir uns auch dagegen wenden, daß die Maiseier-Veranstaltung einfach den Gewerkschaften überlassen werde. Die Maidemonstration ist durch die internationalen Kongreßbeschlüsse mit unserer Zustimmung beschlossen worden; es ist daher für uns ein Gebot der Pflicht gegenüber der internationalen Solidarität, an diesem Akt der Solidarität teilzunehmen. Und wenn jetzt einzelne die Form der Arbeitsruhe beseitigen wollen, so können wir das nicht durch einen Beschluß des Parteitages, sondern dann müssen wir nächstes Jahr einen solchen An-

trag an den internationalen Kongreß in Amsterdam richten. Denn die Erstrebung der Arbeitsruhe und die Unterstützung der Versuche dazu ist 1893 durch den Internationalen Kongreß in Zürich ausdrücklich beschlossen worden. Genosse Wels ist auch im Irrtum, wenn er gegen die Arbeitsruhe sich ausspricht, weil sie durch den Zusatz: „soweit es ohne Opfer möglich ist“ ohnehin unwirksam gemacht sei. Dieser Passus ist in der Resolution gar nicht enthalten, weil wir von jeher den Standpunkt vertraten, die Maifeierdemonstration müsse durchgeführt werden, auch wenn sie Opfer verlange; nur zu einer Kraftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir sie nicht werden lassen. Im übrigen aber wollen wir die Maifeier mit der Kraft und Entschiedenheit begehen, wie es der Bedeutung unserer Partei im Reiche und unserer Verpflichtung gegen die internationale Solidarität entspricht. Ich bitte Sie daher, die Resolution anzunehmen.

Die Resolution wird hiernach angenommen und der Antrag Nr. 59 Düsseldorf wird abgelehnt.

Die Annahme der Resolution nach dem Schlußwort Fischers ist bezeichnend für die Situation. Man will den Gewerkschaften die Durchführung der Maifeier allein nicht überlassen, weil internationale Kongresse sie eingesetzt haben, die Tragung der Kosten und Unterstützung der Opfer hält man aber für eine selbstverständliche Pflicht der Gewerkschaften. Man verlangt auch von jedem Parteigenossen, daß er im Interesse der Arbeitsruhe einer Maßregelung nicht ausweicht.

## Der Parteitag in Dresden 1903.

Der Bericht, den der Parteivorstand über den Verlauf der Maifeier des Jahres 1903 an den Dresdener Parteitag gab, sprach ebenfalls von dem fortschreitenden Begehen der Maifeier durch Arbeitsruhe. Es heißt darin:

Alle Berichte stimmen darin überein, daß der Grundgedanke der Maifeier — die wirksamste Begehung der Feier geschehe durch Arbeitsruhe — bei der diesjährigen Maifeier weiteste Ausbreitung und Anwendung gefunden habe. Auch von Maßregelungen, Aussperrungen zc. größeren Stills hat man wenig gehört. Aus München wurde sogar gemeldet, daß die größeren Betriebe es ihren Arbeitern freigestellt haben, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die beiden Vormittagsversammlungen im „Rindl“ und in der „Schwabinger Brauerei“ waren denn auch überfüllt.

Die Berliner Gewerkschaften, denen die Arrangements des Vormittags obliegen, hatten 40 Versammlungen veranstaltet, die sämtlich überfüllt waren. Auch in sämtlichen Vororten — wir zählten deren 25 — fanden Vormittagsversammlungen statt.

Nur aus der Pfalz wurde eine nicht befriedigende Beteiligung an der Arbeitsruhe gemeldet. Dieses Verhalten der pfälzischen Arbeiter verdient Entschuldigung, wenn man die schwere geschäftliche Depression in Betracht zieht, unter der speziell die Arbeiter der Pfalz seit Jahr und Tag zu leiden haben.

In Chemnitz war der Andrang zu der Morgendemonstration so stark, daß die polizeiliche Absperrung des Lokals erfolgte.

Festzüge, natürlich mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis, fanden statt in Bremen, Hamburg, Stuttgart und Offenbach. In Leipzig, Dresden und Magdeburg mußte zwar von der Veranstaltung eines geschlossenen Festzuges Abstand genommen werden, jedoch wurden diesmal der zwanglosen Wanderung der Massen nach dem vorgesehenen Bestimmungsort Schwierigkeiten

von den Aufsichtsbeamten nicht bereitet. Auch Maifeierprozesse, wie die früher in Dresden inszenierten, überleben sich; und eine Wiederholung würde die Untergrabung der staatlichen Autorität nur fördern. Das scheint man eingesehen zu haben.

An dem Festzug in Hamburg beteiligten sich 20 000 Teilnehmer. Im anliegenden Altona war der Festzug verboten, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Diesem Parteitag lagen auch wieder eine Anzahl Anträge vor, die auf eine Verschärfung der Maifeier hinausliefen.

Aus Magdeburg wurde beantragt, eine intensivere Agitation zu betreiben. Von Düsseldorf wurde verlangt, für die vollständige Arbeitsruhe einzutreten, usw. Es fehlte allerdings auch nicht an gegenteiligen Anträgen. So verlangte Breslau, für die Massenforderungen der Arbeiter und einen ausreichenden Arbeiterschutz am Abend des 1. Mai durch Veranstaltungen von Versammlungen zu demonstrieren und aus München-Gladbach lag ein Antrag vor, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

Der Referent Pfannkuch wies auf die Anträge hin, und bemerkte dazu, daß er eigentlich nicht erwartet hätte, daß dieselben genügend Unterstützung fänden. Er glaube aber nicht, daß an der Maifeier, wie sie jetzt bestehe, im großen und ganzen etwas geändert werden könne, und dürfe:

Wenn vielfach gewünscht wird, daß die Maifeier einen größeren und allgemeineren Umfang annehme, so muß daran erinnert werden, daß hier sehr weitgehende Fragen wirtschaftlicher Natur in Frage kommen, und die Gewerkschaften die Entschädigung der Gemäßigten zu tragen haben. . . .

Im übrigen bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen und lediglich die im vorigen Jahre beschlossene Resolution zu erneuern.

Er empfiehlt nachher, die schon in dem vorhergehenden Jahr bereits angenommene Resolution, welche es den Arbeitern zur Pflicht macht, neben den anderen Kundgebungen überall dort für die Arbeitsruhe einzutreten, wo die Möglichkeit dafür vorhanden ist. Er schließt mit den Worten:

Deutschland ist bisher dasjenige Land, das den Gedanken der Maifeier am erfolgreichsten propagiert hat. Es empfiehlt sich nicht, die Maifeier ihres jetzigen Charakters zu entkleiden. Deshalb bin ich auch gegen den Antrag, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Nehmen Sie also die Münchener Resolution einstimmig wieder an!

Bemerkenswert sind die Ausführungen Friedeberg=Berlin, der für den Antrag der vollständigen Arbeitsruhe eintrat. Sie legten schon Zeugnis davon ab, für den Weg, welchen Friedeberg einschlug, und wie sich in seinem Kopf die Welt darstellte. Er sagte:

Wenn wir in unserer Bewegung den Massenkampfcharakter betonen, so müssen wir auch diejenigen Einrichtungen fördern, die geeignet sind, diesen Massenscharakter unseres Kampfes deutlich zu charakterisieren. Da kommt in erster Linie die Maifeier in Betracht, der die Idee zugrunde liegt, daß wenigstens an einem Tage im Jahre der Arbeiter Herr über seine Arbeitskraft sein soll, die er sonst stets zu verkaufen gezwungen ist. Wir haben also nicht etwa diesen Charakter der Maifeier irgendwie abzuschwächen, sondern ihn im Gegenteil möglichst herauszuarbeiten. Sie sprechen von dem großen Siege, den wir am 16. Juni erfochten haben, aber liefern Sie doch auch den Beweis, daß hinter diesen 3 Millionen Stimmen Per-



Freiheiten stehen, die für unsere Ideen eintreten. Das geschieht dadurch, daß für den 1. Mai allgemeine Arbeitsruhe vorgeschrieben wird.

Mag sein, daß ein solcher Beschluß nicht durchzuführen wäre; aber unser ganzes Programm besteht ja aus Forderungen, die nicht durchgeführt sind. Man sagt, die Sache würde zu teuer sein und zu viel Opfer erfordern, aber müssen wir denn nicht allenthalben Opfer bringen? Wie viel Opfer erfordert nicht alljährlich die Schwindsucht. Die Maifeier hat aber besonders auch die Bedeutung, daß hier die Möglichkeit für ein wirkliches Zusammengehen zwischen Partei und Gewerkschaften gegeben ist und daß durch die Maifeier auch in den Gewerkschaften der Klassenkampfcharakter betont wird. Ich bitte Sie also, dem Antrag 63 zuzustimmen.

Eigerodt-Krefeld äußerte sich, daß über die Beteiligung an der Maifeier wohl eine allgemeine Unzufriedenheit bestehe:

Die Hoffnungen und Wünsche, die wir an die Abhaltung der Maifeier knüpften, sind jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Besonders im Ausland hat die Maifeier noch wenig Boden gefaßt, wenn auch überall langsam Fortschritte gemacht werden. In England wird sie mit der wachsenden Stärke der politischen Arbeiterbewegung sich sicher besser einbürgern und den demonstrativen Charakter annehmen, den wir wünschen. In Deutschland wird die Beteiligung von Jahr zu Jahr stärker und sie würde noch stärker sein, wenn nicht die wirtschaftliche Krise gekommen wäre. Wir leben ja nicht in Wolfenluchsheim; wir können nicht unter allen Umständen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, denn wie sollten die Gewerkschaften sonst die Kosten für die Entschädigung der Gemahregelten tragen! Durch die Maifeier dürfen die Kassen der Gewerkschaften nicht geleert werden. Glücklicherweise läßt das Aussperrungsfever der Unternehmer nach; sie haben in der Sache ein Haar gefunden. Die Gewerkschaftsführer haben also nicht etwa Ursache zu bremsen. In vielen Städten haben die Unternehmer ja die Angst vor der Maifeier verloren und in vielen Betrieben die Arbeitsruhe am 1. Mai bewilligt. Ich stehe auf dem Boden der Resolution des Vorstandes.

Krüger-Dresden glaubt konstatieren zu können, daß die Arbeiter selbst keine Änderung in der Maifeier wünschen. Er vertritt die Ansicht, daß am besten die Sache durch die Gewerkschaften erledigt wird, jedenfalls aber im Einverständnis mit ihnen, da sie, wie Krüger anführte, für die Kosten einzutreten haben. Eine Einschränkung der Maifeier, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird, muß auf jeden Fall zurückgewiesen werden. Krüger wendet sich dagegen, daß die Feier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt werden soll. Dies wäre keine Maifeier mehr, sondern ein gewöhnliches Sommerfest, ohne demonstrativen Charakter. Krüger betrachtet es als selbstverständlich, daß die Gewerkschaften die Kosten etwaiger Maßregelungen ohne weiteres übernehmen müssen.

Löbe-Breslau empfiehlt den Breslauer Antrag und begründet diesen damit, daß eine gewisse Mißstimmung über die Maifeier obwalte. Er führte aus:

Die Maifeier soll eine Demonstration sein, ist es aber nicht, denn die Arbeiter, die sich beteiligen, bilden doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft. Besonders im Osten kann nicht davon die Rede sein, daß die Maifeier einen demonstrativen Charakter habe. Aus diesen Gründen sagten sich die Breslauer: Entweder volle Arbeitsruhe am 1. Mai oder gar keine. Und da wir die volle Arbeitsruhe nicht durchführen können, so halten wir es für besser, ganz darauf zu verzichten und nur abends in Versammlungen den 1. Mai zu feiern.

Von Weidner-Berlin wurde die Frage angeregt, ob für die Arbeitsruhe am 1. Mai allgemein eingetreten werden soll. Er führte aus:

Auch mir genügt die bisherige Fassung der Resolution nicht, weil sie bestrittbar ist. Deswegen meine ich, daß der Parteitag sich unbedingt mal mit der Frage beschäftigen muß, ob nicht allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai stattfinden soll. Dann muß auch erörtert werden, in welcher Weise die Entschädigungsfrage für die Gemahregelten zu regeln ist. Darüber muß sich der Parteitag mit den Gewerkschaften ins Einvernehmen setzen.

Aus diesen Stimmen, die zwar vereinzelt, aber doch sich immer mehr auf dem Parteitag zum Vorschein kommen, geht deutlich hervor, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht in dem Maßstabe begangen wird, wie dies nach den Preßberichten nach dem 1. Mai aussieht und daß andererseits die Frage der Unterstützung der Opfer der Maifeier eine immer brennendere wird und diese eine zufriedenstellende Antwort erheischt.

## Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam 1904.

Übermals rückt ein internationaler Kongreß heran und die Ansichten über die Maifeierfrage waren verworrener denn je. Die Gewerkschaften hatten immer mehr und mehr unter den Aussperrungen und Kämpfen zu leiden, die durch die Maifeier hervorgerufen wurden. Es war daher erklärlich, daß sie für die bestehende Form der Maifeier nicht begeistert waren und eine Änderung verlangten.

Es schien aber, als wenn diese so wichtige Frage auch für diesen Internationalen Kongreß nur nebensächlich wäre, denn unter den 21 Punkten, die auf der provisorischen Tagesordnung standen, sucht man vergebens den Punkt Maifeier. 13 dieser Punkte wurden zur Erlebidigung dem Kongreß überwiesen und 8 wegen mangelhafter Unterstützung zurückgestellt. Endlich, am letzten Tage des Kongresses, am Sonnabend, den 20. August, wurde auch noch eine Maifeierresolution eingebracht, bei welcher Gelegenheit aber die Berichterstatter über den Punkt Maifeier erst gar nicht das Wort ergriffen, da wahrscheinlich die Zeit dazu nicht mehr vorhanden war. Es wurde folgende Resolution unterbreitet, welche auch einstimmige Annahme fand:

Ausgehend von der Erwägung, daß die Arbeiterdemonstration am 1. Mai den Zweck hat, an einem bestimmten Tage in allen Ländern mit moderner Arbeiterbewegung einheitlich für die Forderungen der Arbeiterschaft, insbesondere für den Arbeiterschutz, den Achtstundentag, die Klassenforderungen der Arbeiterschaft und den Weltfrieden einzutreten und damit die Einheitlichkeit der Bewegung und der Forderungen der Arbeiter aller Länder zum Ausdruck zu bringen;

in fernerer Erwägung, daß die Einheitlichkeit der Demonstration noch nicht gegeben ist, weil in einzelnen Ländern nicht am 1. Mai, sondern am ersten Sonntag im Mai demonstriert wird;

beschließt der Kongreß:

Im Anschluß an die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und Paris 1900 fordert der internatio-

nale Kongreß zu Amsterdam die sozialdemokratischen Parteiorganisationen und die Gewerkschaften aller Länder in der nachdrücklichsten Weise auf, alljährlich am 1. Mai für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages, für die Klassenforderungen des Proletariats und für den Weltfrieden zu demonstrieren.

Am wirksamsten kommt die Demonstration am 1. Mai in der Arbeitsruhe zum Ausdruck.

Der Kongreß macht es deshalb sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Diese Behandlung der Maifeier auf den internationalen Kongressen muß unter allen Umständen die Kritik aller derjenigen herausfordern, die es mit einer Regelung dieser Frage ernst meinen. Wenn die Maifeierfrage diese internationale Bedeutung hat, wie sie ihr zugeschrieben wird, und wenn sie andererseits diese auch behalten soll, so muß zum mindesten Zeit und Gelegenheit dazu vorhanden sein, auf diesen Kongressen darüber zu sprechen. Es müßte vor allen Dingen der Versuch gemacht werden, eine wahrheitsgetreue Statistik aufzunehmen und Nachweise zu erbringen, wie und in welchem Maßstabe die Maifeier durch Arbeitsruhe in diesem oder jenem Lande begangen wird. So lange dies nicht geschieht und man sich nur auf Abstimmung über die Resolution beschränkt und sonst allen wahrheitsgetreuen Auseinandersetzungen über die Maifeier, wie sie wirklich ist, aus dem Wege geht, läßt man die große Masse der Parteigenossen darüber im Unklaren und man täuscht sich auch über die tatsächliche Feier durch Arbeitsruhe hinweg. Daß aber die Beweisführungen über die Arbeitsruhe nicht erbracht werden, erklärt sich daraus, weil in allen Ländern mehr oder minder — auch Österreich mit einbegriffen — die Maifeier durch Arbeitsruhe nicht einen derartigen Umfang angenommen hat, wie dies aus den Preßnachrichten und sonstigen Berichten hervorgeht. Je stärker die Organisationen der Unternehmer werden, je schwieriger wird es den organisierten Arbeitern werden, die Arbeitsruhe zu erkämpfen und wo sie dieselbe erkämpfen, wird sie alljährlich Aussperrungen zeitigen, und immense Kosten den Gewerkschaftsorganisationen aufhalsen. Nicht nur die finanziellen Opfer sind es, die hier eine Rolle spielen, sondern die einzelnen Organisationen werden durch diesen alljährlich wiederkehrenden Kampf, auf den die Unternehmer genügend Zeit zur Vorbereitung haben, auf das Tiefste erschüttert. Nicht selten werden die bekannteren Leute, die Vertrauensleute in den Werkstätten, die als Räbelsführer seitens der Unternehmer sowieso angesehen werden, überhaupt nicht mehr in Arbeit genommen, und mithin die Organisationen durch die alljährliche Zerstörung dieses Vertrauensmännerstems auf das Schwerste geschädigt. Diese Tatsachen müßten bei Beschlußfassungen über die Arbeitsruhe am 1. Mai auch auf Internationalen Kongressen in Erwägung gezogen werden und darf man sich da nicht nur von dem Wunsche, wie es sein sollte, leiten lassen, sondern man müßte mit der Tatsache rechnen, wie sie ist.

## Der Parteitag in Bremen 1904.

Der Bericht des Parteivorstandes an diesen Parteitag läßt sich über die Maifeier wie folgt aus:

Die Maifeier fiel in diesem Jahr auf einen Sonntag. Demzufolge war die Teilnahme an den Festveranstaltungen eine riesengroße. Doch kann dieselbe nicht dafür als Maßstab geltend gemacht werden, daß die Arbeitsruhe als würdigste Form der Maifeier Gemeingut großer Arbeiterkategorien geworden sei. Noch weniger aber können diejenigen mit dem Ausfall der diesjährigen Maifeier operieren, die der Meinung sind, wenn nicht in absehbarer Zeit die einheitliche Durchführung der Maifeier in allen Kulturländern gelänge, es besser sei, die Arbeitsruhe für die Maifeier fallen zu lassen.

Von den Genossen geplante Maifestzüge in Braunschweig, Magdeburg, Calbe, Sübeck, Bamberg, Karlsruhe, Freiburg, Ulm, Heidelberg und Wandsbeck wurden von der Polizeibehörde verboten. Über die Beweggründe der Verbote verbreitete sich eine bürgerliche Korrespondenz folgendermaßen:

„Für die sozialdemokratische Maifeier, welche in diesem Jahre, da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, in größtem Umfange stattfinden dürfte, werden von den Sicherheitsbehörden die weitesten Maßnahmen getroffen. Schon jetzt ist, jedenfalls nach einheitlichem Plane, in vielen Städten den sozialdemokratischen Verbänden ein Umzug in geschlossener Masse untersagt worden, da derartige Kundgebungen eine Demonstration gegen den bestehenden Rechtszustand bedeuteten und deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in sich bergen. Die Gendarmerie wird am Mattage vollzählig auf dem Plane erscheinen, um nötigenfalls eingreifen zu können. Auch das Militär wird am 1. Mai teilweise auf Ausgang verzichten müssen, da Kasernenkonfirmierungen vorgeesehen sind.“

Die Korrespondenz bietet nur insofern Interesse, als sie einen Einblick in den geistigen Tiefstand des Urteilsvermögens der bürgerlichen Parteien gestattet. Dem Philister darf der horribelste Blödsinn in seinem Leibblatt präsentiert werden, wenn ihm dabei nur der Gedanke suggeriert wird, „Polizei- und Militärgewalt halten die Sozialdemokratie unter der Fuchtel, daß sie nicht zu mußsen wagt“.

Der Berichterstatter des Vorstandsberichtes, Pfannkuch, bemerkte hieran ergänzend:

Wegen der Frage der Maifeier haben wir versucht, mit der Generalkommission der Gewerkschaften und der Gewerkschaftskommission ein Einverständnis zu erzielen, es ist uns nicht voll gelungen, aber über die Behandlung der Maifeierfrage in Amsterdam haben wir uns doch verständigt. Wir werden uns hier auf dem Parteitage weiter damit und in Verbindung damit auch mit der Frage des Generalfreiks zu befassen haben. Gewünscht hätte ich allerdings, daß der Antrag, der sich auf den politischen Streik bezieht, die genügende Unterstützung gefunden hätte. Jedenfalls wird ja auch der politische Streik bei der Erörterung des Generalfreiks zur Sprache kommen. Dringend ist die Sache freilich nicht.

Die Verständigung, die für die Behandlung der Maifeierfrage in Amsterdam gefunden wurde, konnte sich höchstens darauf beschränken, sich über die Resolution zu einigen. Eine weitere Verständigung kann nicht stattgefunden haben, denn der Kongreß hatte sich damit nicht beschäftigt.

Dem Parteitage lagen auch wieder eine Anzahl Anträge vor, die für eine Verschärfung der Maifeier durch Durchführung der Arbeitsruhe eintraten.

Vollständige Arbeitsruhe verlangten die Anträge aus: Potsdam-Spandau-Dist-Savelland, Essen, Magdeburg, Elberfeld und ein Antrag aus Hannover-Linden. Bezeichnend ist, daß je mehr man unter den Folgen der Maisfeier zu leiden hatte, das Verlangen nach der allgemeinen Arbeitsruhe stieg. Es läßt sich dies wohl dadurch erklären, daß diese Parteigenossen annahmen, durch die Verallgemeinerung der Maisfeier, den Unternehmermaßnahmen entgegenwirken zu können.

Von Breslau lag der Antrag auf die Veranstaltung von Abendfeierlichkeiten wieder vor und Fyehoe wünschte die Feier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt.

Den Anträgen angepaßt waren auch die Ausführungen des Referenten Fischer. Er hob hervor, daß es nicht notwendig sei, auf die einzelnen Anträge einzugehen, da die Entscheidung in dieser Frage bereits durch den internationalen Kongreß in Amsterdam gegeben sei. Der dortige Beschluß sei gefaßt worden nicht nur unter Mitwirkung, sondern sogar auf Anregung der deutschen Delegierten.

Fischer sagte ferner:

Wir Deutsche haben Stellung genommen gegen jede Verschärfung, aber auch gegen jede Abschwächung der Resolution, und deshalb halte ich es einfach für die Pflicht des Parteitages, sich auf den Boden des Amsterdamer Beschlusses zu stellen und ihn zur Ausführung zu bringen. Gewiß, wenn man Wortklauberei treiben will, kann man ja sagen: Der internationale Kongreß in Amsterdam hat die früheren internationalen Kongreßbeschlüsse verschärft, insofern, als jetzt von einer Pflicht der proletarischen Organisationen gesprochen wird, die Arbeitsruhe anzustreben, während bisher die internationalen Kongresse, wenn wir von dem Übersetzungsfehler der Resolution von Zürich absehen, sich darauf beschränkt haben, an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen das Ersuchen zu stellen, die Arbeitsruhe anzustreben. Aber, ich meine, das heißt man Haarpalterei treiben. Der Gedanke ist der gleiche geblieben, der bisher auf allen internationalen Kongressen ausgesprochen ist, und wenn ein internationaler Kongreß den Beschluß faßt, die Arbeitsruhe zu erstreben, so ist es selbstverständlich Pflicht jeder Organisation und jedes einzelnen, alles das zu tun, was die Erfüllung dieser Forderung beschleunigt. Auch insofern, glaube ich, kann von einer Verschärfung schon nicht die Rede sein, als in dem Beschlusse selbst schon die Grenzen dieser Pflichterfüllung gezogen sind; es ist die Bestimmung aufgenommen, daß die Arbeitsruhe nur da durchzuführen ist, wo keine Schädigung der Klasseninteressen der Arbeiter zu befürchten sind. Wenn also der Beschluß von Amsterdam loyal aufgefaßt wird, dann können alle die Bedenken und Einwände fallen, die innerhalb der Parteiorganisationen und namentlich von gewerkschaftlicher Seite in dem letzten Jahre gegen die jetzige Form der Maisfeier erhoben sind. Da möchte ich gleich dem Grundeinwand begegnen, daß man sagt: es geht nicht an, daß die Partei so weittragende Beschlüsse faßt, aber die Durchführung derselben und vor allem die finanzielle Verantwortung dafür einfach auf die Schultern der Gewerkschaften abwälzt. Das ist ein Grundirrtum, es ist einfach nicht wahr, daß der Beschluß von den Vertretern der politischen Parteien gefaßt ist. Sowohl auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889, als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die Vertreter der Gewerkschaften mit anwesend, alle Beschlüsse, auch die in bezug auf die Maisfeier, sind unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zustande gekommen, auf allen internationale Kongresse haben die deutschen Gewerkschaften

eigene Delegierte geschickt, sie haben genau so mitgewirkt wie die Vertreter der politischen Parteien, ihre Verantwortung ist also genau dieselbe. Nun bin ich der Letzte, der sich verhehlen wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung aufbürdet, aber doch nur in der Einschränkung, daß kein internationaler Kongreß und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erstrebung der Arbeitsruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat. Aber der Maßstab der finanziellen Verantwortung, der Maßstab der Geldkosten darf an eine solche Frage nicht angelegt werden, die geradezu eine Frage der internationalen Solidarität, eine Frage der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Die Maifeier ist historisch und gerade durch das Verhalten unserer Gegner, der Regierung und der Bourgeoisie, eine Klassenfrage des Proletariats geworden, gleichsam ein Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie. Wann hat jemals in der deutschen Arbeiterbewegung die Frage der Geldkosten bei einem Klassenkampf die entscheidende Rolle gespielt? Wie würden wir uns dazu stellen, wenn z. B. bei einer Frage wie der Aussperrung der Grimmitzauer Textilarbeiter die politischen Organisationen herkommen und sagen wollten, das ist in erster Linie Sache der Gewerkschaften, die Frage berührt die Partei in erster Linie nicht. Da wären wir alle einig, daß das geradezu ein Verrat, ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung wäre. Nein, alle solche Konflikte sind Fragen der Arbeiterklasse, und alles, was auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ist da solidarisch. Und als die Zuchthausvorlage auf der Bildfläche erschien, eine Vorlage, die in erster Linie gegen die Gewerkschaften gerichtet war, eine Vorlage, die den Zweck hatte, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, auf dem Wege des Streiks ihre Lage zu bessern, da war es selbstverständlich, daß die Partei sich sagte: Das ist ein Attentat auf die Arbeiterklasse, wir haben die Führung in diesem Kampf zu übernehmen, und keinerlei Unterscheidung zu treffen darüber, welche Interessen dabei in erster Linie berührt werden, die des politischen oder die des gewerkschaftlichen Flügels der Arbeiterbewegung.

Genau so steht es mit der Feier des 1. Mai, das ist keine politische Demonstration, sondern eine Klassendemonstration, eine Demonstration für das Klassenideal, deren Bedeutung nicht in dem Augenblickserfolge liegt, sondern in dem ständigen Wachstum, in der Unerlöschlichkeit des Entschlusses, für das Klassenideal einzutreten auf allen Gebieten, wo uns das möglich ist. Eines sollten wir gerade bei dieser Frage besonders betonen und unser Augenmerk besonders darauf richten: Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verknüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kämpfen des Tages, über den Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung, das Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppelschloß der ökonomischen und der politischen Anrechtung, daß sie das Ziel der Zertrümmerung des kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus dem Auge verliert. Und gerade unter diesem Gesichtspunkte hat die Maifeier ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten für unsern Standpunkt wird immer mehr ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften und die Massen Jahr für Jahr ablegen. Und wenn dann immer die sogenannten guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager kommen und uns erklären, daß es doch bloß Kraftvergeudung sei, für eine bloße Formsache, für eine Demonstration, die ihren Zweck doch nicht erreichen könne, Mittel auszuwerfen, daß die Gewerkschaften hausälterlich zu Werke gehen und ihre Kassen füllen sollten für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die ihnen aufgedrängt werden, so haben wir allen Anlaß, uns immer wieder vor Augen zu halten,

daß das die alte Melodie des alten Lieder ist, die Arbeiterbewegung in zwei Flügel zu trennen, dort der Flügel, der für die Gegenwartsforderungen kämpft, dort der intransigente Flügel. Das ist nur der alte Standpunkt des „Teile und herrsche“, damit man die Arbeiterklasse kastrieren kann. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß dieses sozialdemokratische Glaubensbekenntnis, das die Massen Jahr für Jahr ablegen und mit dem sie ihre Solidarität ausdrücken wollen, nicht zu einer inhaltslosen Formel, zu einer äußerlichen Form wird, die man nur anstandslos erfüllt, sondern wir müssen dies Glaubensbekenntnis mit dem Geiste des Klassenbewußtseins erfüllen, so daß die öffentliche Befundung desselben den Massen zu einem Herzensbedürfnis, unseren Gegnern zu einem drohenden Menetekel wird.

Fischer empfiehlt folgende Resolution:

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weibefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Also, weil auf dem Kongreß in Paris 1899 und den folgenden Kongressen die Gewerkschaften vertreten gewesen sind, und diese Kongresse sich für Förderung der Arbeitsruhe ausgesprochen haben, darum haben die Gewerkschaften nach Fischer für die Kosten der Maßregelung aufzukommen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Gewerkschaften Deutschlands in ihrer Mehrheit auf den Kongressen vertreten waren oder nicht, keinesfalls aber sind sie ihrer Stärke entsprechend zu Gehör gekommen. Auf den internationalen Kongressen wird nicht nach der Mitgliederzahl, sondern nach Nationen abgestimmt und dadurch den gewerkschaftlich nicht organisierten dasselbe Recht eingeräumt wie den organisierten. Wären die Gewerkschaften bei der Abstimmung nur nach ihrem Stärkeverhältnis zur Geltung gekommen, so wäre wohl kaum eine Resolution, die praktisch undurchführbar ist, zur Annahme gelangt. Da aber bei der Abstimmung nach Nationen jede Nation ob gut oder schlecht, politisch oder gewerkschaftlich organisiert, nur eine Stimme hat, ist eine Majorisierung einer gut organisierten Mehrheit durch eine mangelhaft organisierte Minderheit unausbleiblich. Wenn Fischer also die Gewerkschaften mit verantwortlich machen will für die so zustande gekommenen Beschlüsse, so ist das zum mindesten, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, sehr kühn. Was da von Klassenkampf gesagt wird, können wir ruhig zu den Akten legen. Wenn man den Arbeitern zumuten will, daß sie alljährlich immer und immer wieder nur zur Feststellung, daß sie da sind und eine andere Weltanschauung haben, ihren Organisationen schwere Wunden schlagen lassen, diese Organisationen für diese oder jene positive Arbeit auf kürzere oder längere Zeit unfähig machen und die von ihr zu leistende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit erschweren. Auch für die Taktik des Klassenkampfes gilt die alte Kriegsregel, die dahin geht, daß man den Feind nicht

in jedem Falle, sondern nur dann angreift, wenn die Möglichkeit eines Erfolges gegeben oder ein Ausweichen unmöglich ist. Beides ist bei der Maifeier nicht der Fall.

Wenn Fischer weiter feststellt, daß den Gewerkschaften durch Maßregelungen infolge der Maifeier große Opfer auferlegt werden, daß aber kein internationaler Kongreß und kein Parteitag ihnen jemals die Erstrebung der Arbeitsruhe zur Pflicht gemacht hat, so ist das richtig. Was aber die internationalen Kongresse und Parteitage nicht getan haben, das holen vor der Maifeier die Parteipresse und die Parteiversammlungen nach, und so kommt es, daß die Gewerkschaften dann meist einer gegebenen Situation gegenüber stehen.

Auf diesem Parteitag werden aber auch gegenteilige Stimmen laut, so führte beispielsweise Burgund= Breslau aus:

Daß die Maifeier eine Klassendemonstration ist, darin sind wir einig. Aber ich bestreite, daß die Feier jetzt einen einheitlichen Charakter trägt. Nur in wenigen Orten wird die Arbeit in einem nennenswerten Umfange eingestellt. Es muß einen traurigen Eindruck machen, wenn in Breslau am 1. Mai 200 Arbeiter im ganzen die Arbeit einstellen; in Görlik sind es noch weniger; im oberschlesischen Kohlenrevier niemand. Der erhebende Gedanke der Maifeier kann am besten und einheitlichsten durch Abendversammlungen am 1. Mai zum Ausdruck kommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag 54 anzunehmen.

Bei der Mehrzahl der Parteitagsdelegierten vermochten so nüchterne Anschauungen freilich nicht zu wirken, sie schwebten in höheren Regionen. Der Delegierte von Limburg, Habicht, meinte, daß es nur die Führer der großen Gewerkschaften seien, die die Klassendemonstration des Proletariats am 1. Mai beseitigen wollen.

Sie fürchten sie wegen der Schmälierung des gewerkschaftlichen Geldsackes. Dabei sind die Opfer, die für Ausperrungen infolge des 1. Mai gemacht werden müssen, ganz minimal. Es würde sich vielleicht empfehlen, bestimmte Gewerkschaftsforderungen, die sonst aus geringem Anlaß erhoben werden, am 1. Mai zu erheben. Gerade die Maifeier ist ein gutes Mittel zur Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist polizeilich angemeldet, da sollte es auch den Mut haben, sich am 1. Mai zu zeigen. Den Abendversammlungen würde der Charakter der Demonstration gänzlich fehlen. Übrigens sind in der Ausdehnung der Maifeier große Fortschritte erzielt worden. Diejenigen, die im vorigen Jahre zum ersten Male am 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstriert haben, würden es nicht begreifen, wenn diese Form der Maifeier beseitigt würde. Nun sagen die Gewerkschaftsführer: „Die politische Partei will den Gewerkschaften vorschreiben, daß sie am 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern sollen, und das geht nicht, der nächste Gewerkschaftskongreß muß die Bestimmungen treffen.“ Umgekehrt wird ein Stiefel daraus. Die Gewerkschaftsführer wollen die politische Partei vorschieben, weil sie die Kosten der Klassendemonstration nicht bezahlen wollen. Da sollten sie doch einmal durch eine Urabstimmung feststellen, wie die Massen darüber denken, und es würde sich herausstellen, daß die Massen für diese Form der Demonstration sind.

Abgesehen davon, daß die unbewiesene Behauptung über die Gründe der Gewerkschaftsführer zu ihrer Stellung gegen die Maifeier nicht gerade von Sachkenntnis zeugt, enthalten die Ausführungen des Redners das kostbare Zugeständnis, daß die Arbeiter selbst nicht



viel von der Arbeitsruhe als Demonstration für wichtige Klassenforderungen halten; denn sonst brauchte er kaum daran zu denken, mit der Maifeier bestimmte, sonst aus geringerem Anlaß erhobene Gewerkschaftsforderungen zu verbinden. Redner will für den Klassenkampf in der würdigsten Form demonstrieren, scheut aber nicht davor zurück, die würdigste Form der Demonstration, die Arbeitsruhe, auf weniger wichtige Ursachen, auf geringerem Anlaß erhobene Gewerkschaftsforderungen zurückzuführen und der Parteitag — stimmt ihm zu. Nicht eines ähnlichen Erfolges hatten sich die Redner zu erfreuen, die den gegenteiligen Standpunkt einnahmen, wengleich ihre Ausführungen inhaltlich unstreitig höher bewertet werden müssen, weil ihnen aus Beobachtungen entnommene Erfahrungen zugrunde lagen. So führte z. B. Weinheber-Samburg aus:

Ich will hier nur meine persönliche Meinung aussprechen. Der andere Standpunkt wird gleich nach mir eine sehr beredte Vertreterin finden. Wir sollen uns nach dem Beschlusse des Amsterdamer Kongresses richten, wonach die wirksamste Form der Maifeier in der Arbeitsruhe zum Ausdruck kommt. Wäre die Amsterdamer Resolution ohne die zwei letzten Absätze angenommen worden, könnten die Arbeiter den 1. Mai so feiern, wie es im Interesse des Landes und der Organisation ihnen wünschenswert erscheint.

So würde eine einheitliche Demonstration auch dort zustande kommen, wo es sonst nicht möglich ist, die Feier so zu begehen, wie in anderen Ländern. Nun kommt man und sagt: weil der Amsterdamer Kongreß einen Beschluß gefaßt hat, müssen wir uns fügen. Nun ja, das erfordert das Solidaritätsgefühl. Aber es müßte doch wenigstens klipp und klar gesagt werden, was unter den Worten: „wo die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Arbeiterinteressen erfolgen kann“ zu verstehen ist. Ist es denn keine Schädigung, wenn die Unternehmer sagen: Wir sperren die Arbeiter auf drei bis zehn Tage aus. In der Großindustrie ist von einer Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe gar keine Rede. Da heißt es, in Hamburg haben 30 000 Arbeiter den 1. Mai gefeiert. Aber von den 7000 organisierten Metallarbeitern waren nur 300 beteiligt. Die Demonstranten sind in erster Linie die Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider, Gastwirte, Angestellte der Krankenkassen usw. Aber im Hafen wird weitergearbeitet und ebenso in der Metallindustrie. Die feiernden Metallarbeiter arbeiten bei Kleinindustriellen. Sehr habe ich mich darüber gewundert, daß gerade aus Spandau und Essen der Antrag gekommen ist, den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Der Antrag kommt gerade aus Orten, wo seine Durchführung vollkommen ausgeschlossen ist. Wir alle sind mit der Maifeier nicht zufrieden, sie ist nichts Dalbes und nichts Ganzes. Unzufrieden sind diejenigen, die volle Arbeitsruhe verlangen, unzufrieden die, die die Arbeitsruhe ganz beseitigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat bekanntlich beschlossen, daß nur dort der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden darf, wo mindestens drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind und wenn sie es verlangen, und daß auf keinen Fall Aussperrungen mit Gegenforderungen beantwortet werden dürfen. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, zählt der Verband bei Aussperrungen die Unterstützung. Es müßte ein Riegel vorgeschoben werden, um große Aussperrungen zu verhüten, damit nicht so die gewerkschaftlichen Erfolge, die in jahrelanger Arbeit erungen sind, verloren gehen. Eine klare Aussprache ist hier erforderlich. Fischer sagt: nur dort soll die Arbeit eingestellt werden, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Was heißt aber gerade die „Möglichkeit“? Man braucht wirklich nicht auf den großen Gelback der Gewerkschaften hinzuweisen. Sie haben die Verpflichtung, für die Besserstellung der Arbeiter und für Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. Das sind doch auch Klassen-

forderungen des Proletariats. Ich will nicht die Ablehnung des Antrages sicher empfehlen, aber wir sollten uns klar darüber aussprechen, ob es nicht möglich ist, eine würdige Form der Maifeier zu finden, ohne die Arbeiter zu verpflichten, für volle Arbeitsruhe einzutreten.

Frau Zieg definierte die Schädigung der Arbeiterinteressen folgendermaßen:

Der Vorredner hat gefragt, was denn unter großer (?) Schädigung der Arbeiterinteressen zu verstehen sei. Nun können wir selbstverständlich darauf eine detaillierte Antwort nicht geben. Als eine große Schädigung der Arbeiterinteressen kann ich es jedenfalls nicht ansehen, wenn einige tausend Mark Unterstützungsgelder wegen einer Mai-Aussperrung aus der Gewerkschaftskasse genommen werden müssen. Zu einer wirklichen Schädigung aber rechne ich, wenn Arbeitsruhe in einem Ort am 1. Mai stattfindet, wo die Organisation noch nicht stark genug ist, und wo die Unternehmer die jungen Anfänge der Organisation zertrümmern können. Die großen Aussperrungen, die auf das Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai gefolgt sind, sollten von den organisierten Arbeitern nicht als Grund für eine Einschränkung der Maifeier angeführt werden. Erinnern wir uns doch, daß ganz minimale Forderungen zu ganz gewaltigen Aussperrungen geführt haben, die niemand als Schädigung der Arbeiterinteressen ansieht. In diesen Kämpfen sind große Opfer gebracht worden, aber diese Opfer sind uns zugute gekommen. Denken Sie an die Hamburger Werkstarbeiter-Aussperrung; die Veranlassung war, daß die Mieter eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf. verlangt hatten. Denken Sie an Grimmitzschau, wo das Verlangen nach einer Arbeitszeitverkürzung zu der gewaltigen Aussperrung führte. Der rechnerische Standpunkt, das nüchterne Kalkül sollte hier nicht maßgebend sein. Seit wann ist es denn der Standpunkt der Gewerkschaften, daß jeder Groschen, der aus der Gewerkschaftskasse ausgegeben wird, nur verwandt werden soll für den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes? Haben wir nicht immer betont, daß in der gewerkschaftlichen Organisation ein außerordentliches Stück Erziehungsarbeit steckt, daß die Arbeiter durch sie nicht nur materiell, sondern auch geistig und sittlich auf eine höhere Stufe gehoben werden? Das haben wir dem Grafen Kosadowsky gegenüber betont, als er die Gewerkschaften reine Streikvereine nannte. Sind wir damals etwa Demagogen gewesen? Ich denke doch nicht. Und so sollten wir fragen, nicht: was kostet uns die Maifeier? sondern: welche Vorteile bringt uns die Maifeier in dieser Richtung?! Wenn jetzt an eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gedacht wird, wenn verdanken wir diesen Erfolg, wenn nicht dem Umstande, daß durch die Maifeier der Gedanke des Achtstundentags dem Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen ist. Die Maifeier erzieht zur Solidarität (?), sie schafft den Idealismus, der zu Opfern bereit ist im Kampfe für das, was als Recht erkannt ist (?). Ein guter Gewerkschaftsführer muß ein guter Psychologe sein. Er muß sich fragen: wie gewinnen wir neue Mitkämpfer? Gerade durch die Maidemonstration werden die Gewerkschaften gestärkt. Und noch eins kommt hinzu: Wenn am 1. Mai die Massen hinausziehen und die Arbeiter in den Werkstätten und auf den Bauten, die sich nicht beteiligen können, das sehen, dann empören sie sich über ihre Abhängigkeit, und diese Empfindung wird sich umsetzen in um so lebhaftere Beteiligung an der Arbeiterbewegung.

Auf die Nichteinheitlichkeit der Feier durch Arbeitsruhe ist hingewiesen worden. Soll uns das abhalten, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Arbeitsruhe zu sorgen? Wo wir starke Organisationen haben, hat die Beteiligung an der Maifeier durch Arbeitsruhe zugenommen; in Hamburg wurde zuerst die Maifeier am Sonntag begangen. Im ersten Jahre, wo die Arbeitsruhe beschlossen war, beteiligten sich 5000 am Zuge; im vorigen Jahre war die Beteiligung auf 30000 gestiegen. Unterschätzen wir nicht die

Wirkung der Massensuggestion. Gerade die Indifferenten und Launen werden durch die Maifeier mit fortgerissen.

Die Rednerin hatte allerdings Recht, wenn sie die Wirkung der Massensuggestion schätzte, denn gerade diese war es, die ihrer zündenden Rede den Beifall sicherte, trotzdem ihre Ausführungen von Sachkenntnis ungetrübt waren und auch sein mußten. Sie definiert eine große Schädigung der Arbeiterinteressen, trotzdem die Resolution des Amsterdamer Kongresses nur von einer Schädigung schlechthin spricht. Eine große Schädigung liegt vor, nach ihrer Meinung, wenn die Organisation noch nicht genügend erstarkt ist und die Unternehmer diese Anfänge zertrümmern können. Das trifft auf fast alle Großbetriebe zu und namentlich die größten unter ihnen. Die überzeugten Arbeiter bilden hier das Rückgrat der Organisation und gefährdet wird diese, sobald dieses Rückgrat geschwächt oder gebrochen wird. Tarifliche Festlegungen erfolgen im Interesse der Arbeiter, ihre Außerkraftsetzung durch die Arbeitsruhe ist eine Schädigung dieser Interessen. Auch kosteten Aussperrungen nicht **einige**, sondern **mehrere zehn- und hunderttausende Mark**. Das konnte Rednerin aber kaum wissen, weil Feststellungen darüber weder von der Parteileitung noch von den Gewerkschaften gemacht wurden. Aber auch Opfer von Existenzen kostete die Arbeitsruhe zur Maifeier und sagt man nicht zu viel, wenn von einer Schädigung der Arbeiterinteressen durch sie spricht.

## Die Maifeier auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln 1905.

Von einem anderen Standpunkt aus wie auf den bisherigen Parteitagen und internationalen Kongressen wurde die Maifeierfrage auf dem Gewerkschaftskongreß zu Köln behandelt. Der Referent Robert Schmidt führte hierüber aus:

Die Generalkommission hat sich 1903 mit der Frage befaßt und beschlossen, den Amsterdamer Kongreß zu ersuchen, die Feier des 1. Mai auf den Abend zu verlegen. Aber die Mehrzahl der deutschen Delegierten auf dem Amsterdamer Kongreß hat sich zu dieser Auffassung nicht bekannt. Dagegen ergab sich, daß bei der Mehrzahl der dort vertretenen Gewerkschaftler Stimmung für den Standpunkt der Generalkommission vorhanden war. Die deutsche Delegation stimmte auch unter unserem Einfluß gegen eine Verschärfung der bisherigen Resolution zur Maifeier, die unbedingt die Verpflichtung zur Arbeitsruhe aussprechen wollte, und es wurde ungefähr der bisherige Zustand aufrecht erhalten.

Uns bestimmte zu unserer Haltung vor allem der Umstand, daß in anderen Ländern, vor allem in England, von einer Maifeier so gut wie gar nicht die Rede ist. Die internationalen Verpflichtungen sind also in dieser Beziehung recht schlecht innegehalten worden. Auch die mehr begeisterungsfähigen als praktischen Franzosen haben sich um die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht gekümmert. Etwas ernster wird die Sache nur von einigen germanischen Ländern genommen. Wir Deutschen nehmen es ja immer am ernstesten mit den internationalen Beschlüssen.

Der einheitliche Charakter der Maifeier ist nicht eingehalten. In England feiert man allgemein den 1. Mai am Sonntag, und auch in

Deutschland ist dies gerade wieder im letzten Jahre mehrfach der Fall gewesen. Die Einheitslichkeit gehört aber wesentlich zu der Maidemonstration, das betont auch die Pariser Resolution besonders. Ebenso hat die Partei die Wichtigkeit dieser Einheitslichkeit und Allgemeinheit der Maidumgebung hervorgehoben, und auf diese Einheitslichkeit lege auch ich heute noch den Hauptwert. Es muß alles vermieden werden, um diese Einheitslichkeit zu stören. Tatsache ist, daß die Arbeitsruhe durchaus nicht überall durchgeführt ist. Ich will nur erinnern, daß selbst in Berlin einige Versammlungen um 12 Uhr mittags einberufen wurden, um den Arbeitern den Besuch während der Mittagspause zu ermöglichen. Das ist aber nicht das, was wir erzielen wollen, wir wollen uns doch nicht selbst täuschen. In allen Ehren den Eifer unserer Arbeiter, die ihre Mittagspause opfern, aber daß dadurch die Demonstration an Weite gewinnt, kann ich nicht zugeben. Die Holzarbeiter und die Bauarbeiter in Berlin veranstalteten sehr imposante Kundgebungen, aber wir dürfen die Sache nicht vom Standpunkte einzelner Organisationen oder örtlicher Verhältnisse beurteilen, sondern wir müssen die Verhältnisse des gesamten Landes betrachten. Im Westen, wo der Sitz der deutschen Großindustrie ist, ist von der Maifeier nicht viel zu merken. Die Bergarbeiter begehen die Maifeier nicht so, wie es wünschenswert ist, und im Transportgewerbe ist so gut wie nichts davon zu merken. Wie können solche Berufe, die noch auf Jahre hinaus nicht an die Arbeitsruhe am 1. Mai denken können, bei anderen so eifrige Propaganda dafür machen? In diesem Jahre hat am 1. Mai in einigen Großstädten eine erhebliche Zahl von Arbeitern gefeiert, aber im Vergleich mit dem Jahre 1904, wo der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, die Teilnahme an der Feier den Arbeitern keine Schwierigkeiten bereitete, ist die Kundgebung schwächlich zu nennen. Der Charakter der Demonstration liegt nicht in der Arbeitsruhe, unsere Protestkundgebungen gegen den Zolltarif haben an Würde nicht hinter denen am 1. Mai zurückgestanden, sie haben auch nicht dadurch gelitten, daß sie des Abends stattfanden. Man darf auch nicht vergessen, daß die eigenartigen Verhältnisse der Industrie mitbestimmend sind für die Art, wie die Maifeier begangen wird, daß die Maifeier auch abhängig ist von der wirtschaftlichen Konjunktur. Sobald wir einen wirtschaftlichen Rückgang bekommen, wird auch die Beteiligung an der Maifeier wieder zurückgehen. Das ist ganz unausbleiblich. Verkennen wir nicht die Gefahren!

In den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges wird die Sache nicht so ruhig gehen. Die Arbeiter können durch die Maifeier leicht zur ungelegenen Zeit in Kämpfe verwickelt werden. Wann wir kämpfen wollen, darüber müssen wir selbst bestimmen können und nicht die Unternehmer. Wer da sagt, daß die Gewerkschaften Konflikten aus dem Wege gehen, wie es auch in der Parteipresse hieß, versteht recht wenig von der Gewerkschaftsbewegung. Aber wir haben auch keinen Anlaß, uns in Konflikte hineintreiben zu lassen. Für uns können nicht Gefühle, sondern rein praktische Erwägungen in Betracht kommen. Man sagt auch, nur die Beamten der Gewerkschaften wären gegen die Maifeier. Ich halte es für ein eigenartiges Mittel, wenn man so systematisch Stimmung macht gegen die Leute, die einen großen Teil der Verantwortung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung tragen. Es wäre ja viel leichter für die Beamten, wenn sie den Mitgliedern immer zum Munde reden würden. Solche demagogischen Kunststückchen sollten sich die Freunde der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung nicht erlauben. Einen unangenehmeren Eindruck hat auf mich kaum etwas gemacht als wie einer unserer besten Freunde in Dresden von den gehobenen Existenzen sprach. Wer weiß, wie schwer das Amt eines Gewerkschaftsangeestellten ist, der kann einen Gegenatz zwischen Arbeitern und Angestellten nicht hervorbringen wollen; denn beide gehören zusammen und der Führer, der sich nur leiten ließe von der großen Zahl seiner Mitglieder, ohne selbst eine Meinung kundzugeben, das ist nicht der beste Führer. Es ergibt sich doch von selbst, daß derjenige, der mehr Zeit hat, fortgesetzt im Betriebe steht, die wirtschaftliche

Donjunktur viel besser überfieht und einen weiteren Blick hat als der, der tagaus, tagein vom frühen Morgen bis zum späten Abend gezwungen ist, im Joche des Kapitalismus zu fronden. Und wird unsere Anschauung heute nicht allgemein geteilt, würde sie auch von diesem Kongreß nicht geteilt, sehr betrübt würde ich darüber auch nicht sein, aber die Frage würde nicht verschwinden. Man hat so getan, als ob ein Komplott der Gewerkschaftsführer gegen die Maifeier vorliegt, aber schon 1892 heißt es im Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes: „Schließlich liegt der Wert der Feier doch auch weniger in deren äußeren Form, als in der Tatsache, daß die Arbeiterschaft aller Länder für die vom Pariser Kongreß formulierten Forderungen einheitlich ihre Stimmen erhebt und den unbeugsamen Willen bekundet, der herrschenden Gesellschaft deren Anerkennung abzuwingen.“

Das ist ein durchaus richtiger Standpunkt. Vollmar beantragte auf diesem Kongreß, die Feier auf den Abend zu verlegen; das ist auch tatsächlich beschlossen worden. Es ist interessant, wie Bebel damals den Beschluß begründet hat. ... Interessant ist es, wie strikte darauf geachtet wurde, daß die Feier auf den Abend des 1. Mai begangen wurde, denn 1895 beschwerte sich Schönlanke darüber, daß die Leipziger Schneider am Vormittag ihre Versammlung abgehalten haben. Er sagt: „Bei der Maifeier 1895 haben sich die Leipziger Schneider in ihrer Gewerkschaft eine Extrawurst braten lassen; sie haben ihre Versammlung vormittags abgehalten, während doch verabredet war, die Versammlungen abends abzuhalten. Das Leipziger Parteiorgan hat natürlich gegen diese Sonderstellung der Schneidergewerkschaft energisch Stellung genommen.“ Heute ist natürlich eine andere Stimmung in der „Leipziger Volkszeitung“. In den folgenden Jahren werden wiederholt Versuche zu einer Änderung gemacht, aber im allgemeinen wurde doch immer beschlossen, es so wie bisher zu lassen. Noch 1897 hat Stolten energisch gegen die Arbeitsruhe gesprochen, und wenn er auch keine Unterstützung fand, so ist doch seine Rede ein Beweis dafür, daß unsere Auffassung keine neue ist. Auch 1902 kam es zu einer Debatte; sie wurde beigelegt durch die Äußerung des Referenten, daß die Arbeiter ja nur da zu feiern brauchten, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist. Das ist ein behnbarer Begriff; es läßt sich nicht immer bestimmen, wo eine wirtschaftliche Schädigung vorliegt, und in Wirklichkeit ist ja auch gewöhnlich nicht danach gefragt worden. Auch seitens der Parteitage ist ganz systematisch versucht worden, die Arrangements der Maifeier den Gewerkschaften zu überweisen. 1895 meinte Bebel: „In Berlin sind die Genossen übereingekommen, die Ausföhrung der Maifeier in erster Linie den Gewerkschaften zu überlassen und ich glaube, daß dies am besten ist. Dieser Weg kann auch an anderen Orten beschritten werden, er regelt die Angelegenheit in einer für alle befriedigenden Weise.“ Ich muß allerdings hinzusetzen: „In einer mehr die Partei befriedigenden Weise.“ Wollen wir die Feier imponant gestalten, dann müssen wir uns fragen: Können wir die allgemeine Arbeitsruhe durchföhren? Unsere ganzen Mittel hierzu aufzuwenden ist einfach unmöglich. Aber wir kommen auch mit den Kollegen selbst durch diese Art der Maifeier in Konflikte; Konflikte in den Werkstätten, in den Fabriken, zwischen den Arbeitern, die feiern und denen, die das nicht tun. ... Je größer die Gewerkschaften werden, desto mehr steigert sich ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Eine auf dem sicheren Grunde praktischer Betätigung aufgebaute Gewerkschaftsbewegung kann sich meiner Meinung nach in bezug auf die Maifeier den von mir erhobenen Bedenken nicht verschließen. Die Befestigung unserer internationalen Beziehungen wird von keiner Seite wohl mit mehr Eifer betrieben, als von den deutschen Gewerkschaften, und wenn auch hier wieder die praktische Aufgabe in den Vordergrund tritt, so entspricht das der durchaus richtigen Tendenz. Wir sind weit davon entfernt, die Taktik der romanischen Arbeiter zu befolgen, die sich erschöpfen, plan- und ziellos gegen das Unternehmertum loszurennen. Wir werden uns auch nicht in die nur gewerkschaftliche Richtung, wie sie in England eingeschlagen wird, verstricken, sondern den Weg folgerichtig weiter antreten, auf dem wir uns gegenwärtig befinden. Wir müssen bei jeder Frage, über die wir eine Entscheidung treffen müssen, prüfen, was nützen wir den Arbeitern.

Einer liebgewordenen Idee zu Gefallen dürfen wir unsere Entscheidung nicht unterordnen, sondern die kühne Überlegung sprechen lassen. Lassen wir uns nicht irre machen durch die Behauptungen übereifriger Parteipolitiker, die Gewerkschaften seien bestrebt, Konflikte aus dem Wege zu gehen; wir haben zu unserer Kraft das nötige Vertrauen, nicht ungebärdige Kumpelweien sind Zeichen der Kraft und Stärke. Je größer die Gewerkschaften werden, je verantwortungsvoller wird unsere Stellung gegenüber den Arbeitern; denn wir dürfen keine Kräfte vergeuden, sondern wohl ermägen, ob sie nutzbringend angewandt sind. Und ich glaube, die Gewerkschaften sind bestrebt, diesen Standpunkt immer konsequenter zu vertreten. Zum Schaden für die Arbeiter wird diese Taktik nicht ausschlagen.

Redner legt seine Gedanken in folgender Resolution nieder:

Der Deutsche Gewerkschaftskongress erkennt in der Maifeier eine bedeutungsvolle Rundgebung der Arbeiterschaft aller Länder zugunsten der Forderung des achtstündigen Arbeitstages, sowie der Propaganda wichtiger sozialpolitischer Aufgaben.

In dieser Propaganda erblickt der Kongress zugleich eines der wichtigen Mittel, die nationalen Gegensätze zu beseitigen, um das freundschaftliche Band enger zu knüpfen, das die Arbeiter der ganzen Kulturwelt umschließt. Um so imposanter wird diese Rundgebung des internationalen Proletariats sich gestalten, wenn in enger würdiger Weise unter Ausschluß aller dem Charakter der Maifeier fernliegenden Veranstaltungen die Maifeier so arrangiert wird, daß den Arbeitern allgemein die Möglichkeit gegeben wird, daran teilzunehmen.

Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Feier, durch Arbeitsruhe begangen, nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft erfaßt, große Berufsgruppen von der Arbeitsruhe Abstand nehmen müssen. Nicht in der Arbeitsruhe liegt der Wert der Maifeier, sondern in der Massendemonstration, die allen Arbeitern ungehindert die Teilnahme gestattet, um für die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen ihre Stimme zu erheben. Die Arbeitsruhe bedeutet Ausschluß großer Arbeiterschichten von der Maifeier, wodurch der einheitliche Charakter der Demonstration Einbuße erleidet.

Die Gewerkschaften sind deshalb der Meinung, daß die Feier am Abend des ersten Mai an Bedeutung gewinnen würde, weil die Einheitlichkeit der Rundgebung gewährleistet wäre, denn die Feier hat sich nicht zu teilen in eine Rundgebung der Gewerkschaften und besonderen Veranstaltungen der politischen Partei, sie gehört der Arbeiterschaft im Gesamt.

Da mit dieser unserer Anschauung die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Amsterdam sowie des Kongresses der sozialdemokratischen Partei in Bremen im Widerspruch stehen, so begnügen sich die Gewerkschaften mit der Erklärung ihres prinzipiellen Standpunktes, ohne, so lange die Beschlüsse des internationalen Kongresses zu Recht bestehen, an der bisherigen Form der Maifeier etwas zu ändern, da eine Durchkreuzung der Beschlüsse des internationalen Kongresses nur eine weitere Schwächung der Rundgebung bedeuten würde.

Glocke-Berlin vertritt den gegenteiligen Standpunkt. Er kann die Gründe für die Änderung der Maifeier nicht einsehen und betont, daß auch der Kostenpunkt es nicht sein kann, der dazu Veranlassung gibt. Er hebt hervor, daß die Maifeier zur Stärkung der Gewerkschaften viel beigetragen habe. Er meint, es könnte sich daher höchstens um die Frage handeln, die Maifeier noch wirksamer zu gestalten.

Redner schlägt folgende Resolution vor:

Der fünfte Deutsche Gewerkschaftskongress schließt sich den Beschlüssen des internationalen Kongresses in Amsterdam und des deutschen Parteitages in Bremen in bezug auf die Maifeier an, und empfiehlt den Gewerkschaften, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen.

Auf demselben Standpunkt steht auch Timm=München, der das Bremsen für zwecklos hält, nachdem die Maifeier sich immer mehr eingebürgert hat.

Bringmann=Hamburg meinte:

Allerdings haben wir bisher keine Stellung dagegen genommen, wir glauben uns verpflichtet, den Beschlüssen der internationalen Kongresse und der sozialdemokratischen Partei Unterstützung angedeihen zu lassen. Aber nun hat man auf dem letzten internationalen Kongress beschlossen, die Gewerkschaften aller Länder in der nachdrücklichsten Weise aufzufordern, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben. Dagegen müssen wir Stellung nehmen und unumwunden und konsequent erklären: die Maifeier, in welcher Form sie auch gefeiert werden möge, ist kein gewerkschaftliches Aktionsmittel, die Arbeitsruhe am 1. Mai als Programmpunkt der Gewerkschaften ist aber ein Mittel, um die Gewerkschaften ganz außerordentlich zu schädigen.

Es wird gesagt, bisher sei noch keine wirtschaftliche Schädigung eingetreten. Bedenken Sie aber, daß wir uns im wirtschaftlichen Aufschwung befanden. Zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges kann es ganz anders kommen. Ist die Arbeitsruhe am 1. Mai ein Programmpunkt der Gewerkschaften, so wird es dadurch den Unternehmern jederzeit ermöglicht, einen Kampfstarif uns entgegenzustellen. Das haben wir im vorigen Jahre in Bremen erlebt. Denken Sie, daß von vielen Seiten solche Kampfstarife aufgestellt würden, dann sind wir auf einer langen Schlachtlinie in einen Kampf gedrängt, und was aus einem solchen Kampf würde, läßt sich schon heute sagen: wir würden eine ebenso große Niederlage erleiden wie 1890. Wenn die Gewerkschaften das Bollwerk der Arbeiterklasse sein sollen, dann müssen sie auch eine entsprechende Taktik wählen. Unsere bisherigen Erfolge haben wir errungen, weil wir es verstanden haben, stets mit möglichst schmaler Kampfesfront den Unternehmern entgegenzutreten. Wenn wir diese Taktik weiterführen wollen, können wir uns nicht von internationalen Kongressen die Zeit unserer Kämpfe aufkrochieren lassen.

Man sagt, es soll nur gefeiert werden, wenn es ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen geht. Aber definieren Sie das einmal näher, so daß sich auch die Gewerkschaften danach richten und doch die bestehenden Beschlüsse durchführen können, Sie werden finden, daß wir damit gar nichts anfangen können. Ich meine, wir müssen hier erklären, daß die Maifeier, in welcher Form sie auch begangen wird, jedenfalls kein gewerkschaftliches Aktionsmittel ist, daß aber die Arbeitsruhe am 1. Mai als Programmpunkt der Gewerkschaften eine vernünftige Taktik der Gewerkschaften systematisch untergräbt.

Diehl=Frankfurt bedauert, daß man jetzt nach 15 Jahren sich noch mit der Maifeier beschäftigen müsse und will von den großen Opfern nichts gesehen haben, die die Maifeier verursacht haben soll.

Wenn sie nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt das an den Gewerkschaftsführern, die nicht genügend tun, um die Massen zu begeistern. Durch die Maifeier wird die Aufklärung auch in die Familien getragen, das würde aufhören, wenn die Feier auf den Abend verlegt würde — (?)

Paul Hoffmann=Hamburg meint, die Unternehmer werden sich freuen, wenn wir von einer Forderung so leicht ablassen, die wir über ein Jahrzehnt vertreten haben. Es herrsche jetzt das Bestreben, Konflikte zu vermeiden. Wenn man den Standpunkt vertritt, daß bei einem Streik oder Aussperrung gleich vom ersten Tage an unterstützt werden soll, dann allerdings wird man die Forderung stets nach

dem Geldbeutel richten müssen. Man müsse mehr Idealismus an den Tag legen. Er schließt mit den Worten:

Würde es sich heute darum handeln, die Maifeier einzuführen, dann würde auch ich nicht mitmachen, aber jetzt eine Änderung eintreten lassen, hieße nur den Unternehmern den Vorstoß leisten.

Paul Müller-Hamburg trat für die Resolution Schmidt ein und Boß-Gotha fand, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der beiden Teile der Arbeiterbewegung nicht mehr bei allen Gewerkschaftsführern vorhanden, und dadurch ein Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft geschaffen sei. Er wendet sich dann noch gegen die Verlegung der Feier auf den Abend und hofft, daß die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft konstatiert wird.

Reichel-Stuttgart wies darauf auf die vom deutschen Metallarbeiter-Verband veranstaltete Umfrage über die Beteiligung an der Maifeier hin und sagte:

Wir haben bisher die Resultate aus 123 Orten mit 2734 Betrieben, und 238 553 Arbeitern. Von diesen haben 12 700 ohne Einwilligung der Unternehmer und 4500 mit Einwilligung derselben gefeiert, also zusammen 17 200 Arbeiter von 238 553. Das sind 7,1 Prozent. In der Textilindustrie und im Bergbau liegt die Sache sicher noch ungünstiger. In der gegenwärtigen Gestalt ist die Maifeier nichts Halbes und nichts Ganzes. Da muß man doch die Frage aufwerfen, ob es zweckmäßig ist, von Jahr zu Jahr ohne Rücksicht auf die Konjunktur einfach am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, ob nicht unter Umständen diese Art der Feier eher ein Nachteil als ein Vorteil ist. Die strikte Durchführung der Arbeitsruhe verstößt nicht nur gegen jede vernünftige Taktik der Gewerkschaften, sondern sie ist auch geeignet, große Verschiebungen unter der Arbeiterschaft hervorzurufen, unter Umständen auf Jahre hinaus die Organisation lahm zu legen. Wir haben solche Erfahrungen in der Metallindustrie gemacht. Diese Erfahrungen — und ich lasse nur Tatsachen reden, ich scheide das Gefühl vollkommen aus — lassen es begreiflich erscheinen, wenn die Metallarbeiter sich gegen die Arbeitsruhe erklären, wenn sie sagen: diese Halbheit soll aufhören, wir wollen eine einheitliche und gerade wegen dieser Einheitlichkeit um so wirksamere Demonstration entfalten. Davon, daß wir ängstlich sind, kann keine Rede sein, im Gegenteil, eine so lebhafte Bewegung bei den Metallarbeitern wie jetzt und voraussichtlich auch für die Zukunft hat es noch nie gegeben. Obwohl wir von der Resolution Schmidt nicht völlig befriedigt sind — der Nachsatz gefällt uns nicht —, bitte ich doch um möglichst einstimmige Annahme, damit dann auf dem nächsten internationalen Kongreß die Amsterdamer Resolution aufgehoben werden kann.

Schmidt teilt in seinem Schlußwort mit, daß er sowie auch Glocke, die zum Punkt Maifeier gestellten Resolutionen zurückzogen, sie wollten sich mit der stattgefundenen Aussprache begnügen, da sie hofften, daß sich Mittel und Wege finden lassen, um diese Frage in einer für die Gewerkschaften zufriedenstellenden Weise zu lösen.

Der Vorsitzende Bömelburg bemerkte unter anderem dazu, daß die Behandlung dieser Frage zum Ausdruck brachte, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß die maßgebenden Körperschaften den Versuch einer Verständigung über die Stellung zur Maifeier herbeiführen sollten, und daß dort diese Frage, nicht so nebstbei behandelt, sondern dort einer eingehenden Behandlung unterzogen würde.



## Die Maifeier auf dem Parteitag in Jena 1905.

Der gegenteilige Standpunkt, wie er auf dem Gewerkschafts-Kongress zur Geltung kam, wurde auf dem Parteitag in Jena vertreten. Schon die Einleitung des Berichts des Parteivorstandes an dem Parteitag brachte diese zum Ausdruck. Es hieß in demselben, daß die Maifeier in diesem Jahre häufiger als sonst durch Arbeitsruhe gefeiert wurde.

In einzelnen Orten, wie z. B. in Stuttgart, war die Beteiligung geringer, weil eine Anzahl Gewerkschaftsführer der Meinung war, daß Massenmaßregelungen erfolgen würden und dann eine erhebliche Schädigung der Arbeiterinteressen eintreten könne, indem die Gewerkschaften in ihrer Finanzkraft geschädigt würden. Daß diese Befürchtungen unbegründet waren, bewies der Verlauf an den Orten, wo die Arbeitsruhe in größerem Umfange eintrat als in Vorjahren.

In Berlin z. B. waren die Vormittagsversammlungen nie so überfüllt, und doch hörte man nie so wenig von Maßregelungen infolge der Maifeier wie in diesem Jahre.

Die Neigung zu Massenausperrungen wächst. Am 29. März war der „Vorwärts“ in der Lage, den im Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband ausgeklügelten und den Scharfmachern in ganz Deutschland unterbreiteten Plan, nach welchem Maßregelungen nach dem Anfangsbuchstaben des Namens der Arbeiter vorgenommen werden sollen, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Mit der steigenden Mitgliederzahl der Gewerkschaften wachsen auch die Unternehmerverbände und beschwören heftige Kämpfe herauf. Bei fast allen großen Kämpfen stehen die Arbeiter nicht mehr dem einzelnen Unternehmer, sondern immer großen Kapitalistenorganisationen gegenüber, die förmlich mit Massenausperrungen spielen. Wie 1900 der kleine Niederstreik in Hamburg zur Aussperrung der Werftarbeiter und 1903 der Streik in einer Fabrik in Grimnitzhausen zur großen Aussperrung führte, so scheint jetzt das Unternehmertum halb jeden Streik mit Aussperrungen zu beantworten. In kurzen Zeiträumen folgten die Aussperrung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen und der dadurch hervorgerufene Bierboikott, die Aussperrung der Werftarbeiter an der Unterweser, die Aussperrung der Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen, die Aussperrung der Metallarbeiter in Bayern, die Aussperrung der Textilarbeiter in Sachsen usw. Diese Kämpfe beweisen, daß die Scharfmachervorgänge auch ohne Maifeier Vorwände zu Aussperrungen und Massenmaßregelungen finden. Es ist eben der unvermeidliche Kampf um das Koalitionsrecht der Arbeiter. Will man Massenmaßregelungen vermeiden, dann gibt es nur zwei Auswege: entweder die Arbeiter verzichten auf alle politischen und wirtschaftlichen Rechte, oder sie suchen ihre Organisationen so zu stärken, daß jeder von den Unternehmern heraufbeschworene Kampf mit einer Niederlage der Unternehmer endet.

Immer größere Bedeutung erlangt die Maifeier als Demonstration der Arbeiterklasse gegen den Krieg und gegen die wahnwitzigen Rüstungen zu Wasser und zu Land. Je mehr und je demonstrativer die Arbeiterklasse aller Länder den Gedanken der Völkerverbrüderung zum Ausdruck bringt, um so schwieriger wird es, die bei Begründung von Heeres- und Flottenvorlagen nötigen Argumente zu finden. Scheinbar gespannte Situationen werden von den Diplomaten geschaffen, wenn man große Summen für Rüstungen aus den Völkern heraus schlagen will. Wenn aber der durch die Maifeier propagierte Gedanke der Völkerverbrüderung in den Augenblicken, wenn die Staatsmänner Kriegsfurcht oder Kriegsgefahr gebrauchen, recht demonstrativ zum Ausdruck kommt, dann können die schönsten Pläne der Staatsmänner gestört werden.

Auch diesem Parteitag liegen wieder eine Anzahl Anträge vor, die für eine verschärfte Arbeitsruhe am 1. Mai eintraten. Es waren

dies unter anderem Anträge aus Trier, Düsseldorf, Königsberg i. Pr., Bochum, Neumünster, den Parteigenossen des 5. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises, aus Merseburg, und aus dem Kreis Randow-Greifenhagen. Wenn man diese Anträge in Vergleich zieht zu den Orten, von denen sie gestellt wurden, erlebt man die Überraschung, daß gerade an diesen Orten selbst von einer Arbeitsruhe im größeren Umfang am 1. Mai nicht die Rede sein konnte. Hier kann man ohne weiteres annehmen, daß der Wunsch der Vater des Gedankens war, der dasjenige, das man gerne möchte, aber selbst nicht durchführen kann, versucht, nun wenigstens in der Theorie in der Gestalt von Anträgen zur Annahme gelangen zu lassen.

Der Referent Fischer-Berlin führte aus, daß ohne Behandlung dieser Frage auf dem letzten Gewerkschaftskongreß in Berlin, sie bald abgetan gewesen wäre. In Köln sei ein gewisser Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft zutage getreten, ein Gegensatz, der dahin zu präzisieren sei:

Von seiten einzelner Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsmitglieder sind in Köln Auffassungen und Meinungen vorgebracht worden, die in einem gewissen Widerspruch zu den Auffassungen der Parteigenossen und zu der Art und Weise stehen, wie die Partei die Sache regelt.

Er führte die Anträge an, die auf dem Gewerkschaftskongreß für eine Verschärfung der Maifeier sprachen und fährt weiter:

Dann kam die die ganze Debatte beherrschende Resolution Schmidt, die den Standpunkt der Generalkommission vertrat und darin gipfelte, daß der Gedanke an Arbeitsruhe seitens der Gewerkschaften überhaupt aufgegeben werde, weil nach seiner Auffassung der Wert dieser Demonstration in dem einheitlichen Charakter der Feier liege. Demgegenüber erklärte die Resolution Bloche den Standpunkt der Partei, wie er in Bremen und Amsterdam zum Ausdruck gekommen ist, auch für die Gewerkschaften als maßgebend mit dem ausdrücklichen Wegweiser, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen.

Redner ging dann auf die Zurückziehung der Resolution und den Verlauf des Kongresses in dieser Frage ein und bemerkte dazu:

Anscheinend war also das Ergebnis der Kölner Debatten eine völlige Übereinstimmung zwischen Partei und Gewerkschaften, und auch in bezug auf eine Reihe anderer Punkte hat der Gewerkschaftskongreß wiederholt Gelegenheit genommen, das gemeinsame Fühlen und Denken mit der politischen Partei zu betonen.

Aber dennoch wäre es ein Fehler, wenn wir uns verhehlen wollten, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nicht überall so ist, wie es im Interesse beider Bewegungen sein sollte, und es ist eine Hauptaufgabe dieses Parteitages, sich zu fragen: was müssen wir tun, um in Partei und Gewerkschaften sowohl in der speziellen Frage der Maifeier, wie in der allgemeinen Auffassung der Grundfragen, welche Partei und Gewerkschaften bewegen, von denen sie auszugehen haben, eine völlige Einheitlichkeit herbeizuführen. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir uns darüber täuschen wollten, daß in Köln seitens einiger Gewerkschaftsführer Ausführungen gemacht sind, die mit einer gewissen erschreckenden Klarheit uns vor Augen führen, daß in den Gewerkschaften da und dort — ich möchte sagen — der sozialistische Geist etwas verloren gegangen ist.

Redner wendete sich hauptsächlich gegen Bringmann, dessen Anschauungen mit der allgemeinen Parteiauffassung im Widerspruch ständen und fuhr dann fort:

Gegen eine solche Auffassung der Gewerkschaftsbewegung Stellung zu nehmen, haben wir allen Anlaß. Nun gebe ich zu, man braucht solche Übertreibungen nicht tragisch zu nehmen. Gewiß, es wäre aber auch fehlerhaft, achtlos an ihnen vorüberzugehen, denn sie sind Symptome einer Krankheit, die vorläufig im Körper der deutschen Arbeiterbewegung erst latent vorhanden ist. Es ist deshalb unsere Aufgabe, Heilung für diese Krankheit zu suchen, um sie zu kurieren, ehe alle übrigen Erscheinungen auf der Oberfläche des Körpers aufgetreten sind. Meiner Meinung nach brauchen wir in dieser Beziehung keine besondere Sorge zu haben, wenn wir uns den Verlauf der Gewerkschaftsversammlungen vor Augen führen, die unmittelbar nach Schluß des Gewerkschaftskongresses stattgefunden haben. Wenn wir den Verlauf des Bergarbeiterkongresses, der Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig uns vor Augen führen, haben wir allen Anlaß, anzunehmen, daß Gefahren schwerwiegender Natur nicht vorhanden sind; aber Aufgabe der Partei muß es sein, die Gewerkschaftsgenossen, die bereits gegen diese Auffassung in den eigenen Reihen Protest erhoben haben, von unserer Seite zu unterstützen. Man tut am besten, glaube ich, man spricht hier seine Sorgen ganz offen aus, und da habe ich — ich weiß nicht, ob es absolut richtig ist, aber in weiten Kreisen wird diese Meinung geteilt — die Auffassung, daß namentlich von einzelnen Verbänden — ich will mal den Metallarbeiterverband als Beispiel nehmen — darin sehr gesündigt wird, daß die bisherigen Bestrebungen, die Gewerkschaften im sozialistischen Geiste zu lenken und zu leiten, sehr stark in den Hintergrund getreten sind. Es ist gewiß kein feindlicher Gegenatz gegen die Partei in dieser Gewerkschaft zu konstatieren, aber immerhin soll den Gewerkschaftsbeamten die Pflicht auferlegt sein, ihre gesamte Arbeitskraft nur in den Dienst der Gewerkschaft zu stellen, und soweit sie Zeit haben zur Agitation, diese Agitation nur für die Gewerkschaften zu treiben und nicht für die Partei. Wir haben auf dem Gewerkschaftskongreß auch aus den Reihen der Metallarbeiter heraus die Klagen gehört, daß es die Verbandsfunktionäre wären, die namentlich in bezug auf die Arbeitsruhe immer abgewiegelt hätten. Unser Vorsitzender, Kollege Leber, war es ja, der in Leipzig gegen seinen Verband diesen Vorwurf erhoben hat. — Ehrler und Bringmann wenden sich gegen die Matfeier, weil sie kein brauchbares Kampfmittel sei zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als ob das ganze Streben der Gewerkschaften damit erschöpft wäre! Gewiß, es ist heute die erste Aufgabe der Gewerkschaften, für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zu wirken, gewiß, es ist die beste Agitationsmethode für die Gewerkschaften, die indifferenten Arbeiter darauf hinzuweisen, wie durch diese gewerkschaftliche Agitation augenblickliche Vorteile erreicht werden, wie es gilt, den Kampf zu führen für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeit, für bessere Arbeitsbedingungen, weil es das erste und beste Mittel ist, die Widerstandskraft der Arbeiter zu stärken. . . . Aber wenn die Gewerkschaften in dem Geiste weiter geleitet werden sollen, wie sie bisher geleitet worden sind und geleitet werden müssen, dann darf darüber niemals ein Zweifel gelassen werden unter den Mitgliedern der Gewerkschaften, daß es noch weit höhere Aufgaben für die Arbeiter gibt, und daß alle diese Verbesserungen der augenblicklichen Lebenslage der Arbeiter sofort wieder weggewischt werden können, wenn die Arbeiter es übersehen, auf politischem Gebiete genau so ihren Mann zu stellen, wie auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Von diesem Gedanken ging die Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig aus, als sie es ausdrücklich aussprach, daß sie mit der Haltung der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf dem Tünften deutschen Gewerkschaftskongreß sowohl in der Frage der Matfeier, wie der des Massenstreiks — über den wir später reden werden — nicht einverstanden sei.

Nun hat Genosse Robert Schmidt in Köln als Grund, warum die Generalkommission die Matfeier auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses gesetzt hatte, hauptsächlich angegeben: die Matfeier habe allmählich einen Charakter angenommen, daß den Gewerkschaften große finan-

zielle Opfer auferlegt seien und sie deshalb gezwungen seien, nun einmal selbständig ihren Standpunkt in dieser Frage zu präzisieren. Ich glaube, diese Auffassung ist nicht richtig. Wenn wir die amtliche Statistik, sowie die Statistik der Generalkommission, wie sie sich auf Seite 89 ihres letzten Protokolls findet, in Betracht ziehen, so meine ich, muß man daraus, wenn man objektiv urteilt, die Schlussfolgerung ziehen, daß — man mag sonst zur Maifeier stehen wie man will — doch auf alle Fälle die Opfer, die durch die Maifeier der Gewerkschaftsbewegung auferlegt sind, nicht der Anlaß sein können, irgendwie in Gegensatz zur Partei zu treten. Nach der Auffassung der Generalkommission sind im Jahre 1901 zwei Aussperrungen mit 11 Beteiligten vorgekommen, 1902: 12 Aussperrungen mit 1027 Beteiligten, und 1903: 4 Aussperrungen mit 626 Beteiligten. Die offizielle Statistik des Reichsamts des Innern hat viel größere Ziffern, und ich glaube, wir tun gut, diese größeren Ziffern zugrunde zu legen. Nach dieser Statistik sind 1901 26 Aussperrungen vorgekommen mit 1593 Beteiligten und 6752 Aussperrungstagen; 1902 29 Aussperrungen mit 4378 Ausgesperrten, und 1903 25 Aussperrungen mit 3710 Beteiligten. Die Gesamtziffer der Aussperrungstage in diesem Jahre beträgt 16 600, gewiß eine ganz erhebliche Ziffer, und ein Opfer, das man vermeiden, wenn es sein kann. Aber dennoch wird mir wohl kein Gewerkschaftler widersprechen, wenn ich sage, daß im Verhältnis zur gesamten Gewerkschaftsbewegung das keine Ziffern sind, die irgendwie es rechtfertigten, aus diesem Gesichtspunkt heraus die Stellung der Gewerkschaften zur Maifeier zu ändern. Ich bin gewiß der Letzte, der es unterschätzt, welche verantwortungsvolle Aufgabe gerade in bezug auf das Kassentwesen und die finanzielle Sicherheit die Gewerkschaftsbeamten haben, erkenne vielmehr durchaus an, daß die Gewerkschaften bei allen ihren Aktionen auch den finanziellen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen haben. Aber die Letzte, entscheidende Rolle darf er nicht spielen, darf der Geldbeutel weder für die Gewerkschaften noch für die Partei spielen. Es kann unter Umständen die Ehre und die Selbsterhaltung gebieten, ohne Rücksicht auf die finanziellen Folgen einen Kampf aufzunehmen. Und das gilt auch für die Maifeier.

Genosse Schmidt hat sich auf dem Gewerkschaftskongress mit vollem Recht darauf berufen, daß seine Stellung wiederholt auch von der Partei eingenommen worden sei. Ich habe mir eine Zusammenstellung der gesamten Parteitags-Maientschlüsse seit 1890 gemacht, und wie sie zuweilen von der politisch-ökonomischen Situation diktiert worden sind; mangels Zeit will ich jetzt davon absehen, sie Ihnen im einzelnen vorzuführen. Gewiß hat auch die Partei die Forderung schon aufgestellt, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, oder nur am Abend des 1. Mai Demonstrationen stattfinden zu lassen. Alles das zugegeben, so unterscheiden sich die Beschlüsse der Parteitage von der Auffassung des Genossen Robert Schmidt doch dadurch, daß jene sich, ich möchte sagen, immer in aufsteigender Linie bewegt haben. Sowie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse es einigermassen gestatteten, haben die Parteitage den Standpunkt eingenommen, daß es Pflicht der deutschen Arbeiterklasse sei, im Sinne der internationalen Beschlüsse ihre Maifeier zu gestalten. Es haben daher die Parteitage — ich möchte sagen, wenn der Ausdruck nicht so oft gemißbraucht würde — eine immer radikalere Stellung hierin eingenommen. Was aber R. Schmidt hier vorschlägt, ist geradezu ein Abspringen von der bisher erreichten Kampfeslinie, ein Zurückgehen weit hinter den Ausgangspunkt. Und ich fürchte, diese freiwillige Aufgabe einer gewonnenen Position, zu der gar kein äußerer Anlaß vorliegt, da die Maifeier immer demonstrativer wird, da die Arbeitsruhe an Umfang zugenommen hat, da der Widerstand der Gegner gegen die Arbeitsruhe geringer geworden ist, von Jahr zu Jahr — selbstverständlich immer je nach der wirtschaftlichen Konjunktur, ob wir uns in aufsteigender oder absteigender Geschäftskonjunktur befinden —, angesichts aller dieser Umstände bedeutet ein Zurückweichen heute geradezu eine Aufforderung an die Gegner, die da glauben müssen, daß die Energie und Kampfeslust des Proletariats gesunken ist, ihre gesamten Kräfte zu-

zusammenschließen, um der Arbeiterklasse eine Niederlage zu bereiten. Die Unternehmer müssen sich sagen: stellen wir uns zusammen gegen die Arbeiterklasse, sie begnügt sich bereits damit, nur das Erreichte zu verteidigen, ihre Angriffslust, ihre Ingriffsmacht ist gesunken — ergo: wenn wir Unternehmer gemeinsam eine Attacke gegen die Arbeiter unternehmen, werden wir auf der ganzen Linie erfolgreich sein. Die Folge einer solchen Stellungnahme wäre also geradezu eine Aufforderung an unsere Gegner, die Arbeiterbewegung zurückzubämmen. Und es ist nicht bloß ein Gebot der politischen Ehre, es ist auch ein Gebot politischer Klugheit, die die eigene Kraft genau kennt und sie abwägt gegen die Kraft der Gegner, die auch genau weiß, was die Gegner wollen, nicht bloß bei den bisherigen Parteitagsschöpfungen über die Maiafeier stehen zu bleiben, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der eigenen Kraft die Parole auszugeben, vorwärts zu gehen, bis wir die Masse erobert und die Gegner bezwungen haben. Ich meine, auch die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage vollständig der Partei anschließen. Schließlich ist doch die Maiafeier auch ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften ablegen, womit sie ihre Solidarität mit dem internationalen Sozialismus bekunden. . . .

Fischer beantragt zur Maiafeier folgende Resolution:

Die Maiafeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats, sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maiafeier abzusehen. In Übereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

An das Referat und über die Resolution Fischer entspann sich eine sehr lebhaft ausgesprochene, die erschöpfend wiederzugeben im Rahmen dieser Schrift unmöglich ist und deren Inhalt nur so weit sie direkt von der Maiafeier handeln, hier Wiedergabe finden mögen. Fast alle Redner beschäftigten sich mit dieser Frage nur zum Teil, während ein mindestens ebenso großer Teil über das Verhältnis von Partei zu Gewerkschaft sprach. Nachstehend folgen die die Maiafeier betreffenden Reden. Es bemerken hierzu Kröhn-Berlin 6:

Der prinzipielle Gegensatz, der sich auf dem Kölner Gewerkschaftskongress in der Maiafeierfrage zwischen Partei und Gewerkschaften aufgetan hat, hat die meisten Genossen stußig gemacht. Besonders auffällig war es uns, daß gerade Reichstagsabgeordnete es waren, die eine abweichende Haltung zu den bisherigen Beschlüssen in der Maiafeierfrage eingenommen haben. Wir fragen uns verwundert: was ist denn eigentlich vorgefallen, daß die Maiafeier plötzlich abgehalftert werden soll? Wir haben nicht gehört, daß von irgendeiner Organisation Anträge an die Generalkommission gekommen wären, die eine Abänderung vorgeschlagen hätten. Doppelt merkwürdig erschien uns die Stellung Robert Schmidts, der Vertreter eines Berliner Wahlkreises ist. Gerade in Berlin aber hat die Beteiligung an der Maiafeier beständig Fortschritte gemacht. Und trotzdem wird in großen gewerkschaftlichen Verbänden systematisch gegen die Maiafeier Stimmung gemacht. Schade, daß es in Köln zu keiner Abstimmung gekommen ist, da hätten

wir doch wenigstens gewußt, woran wir sind. Dadurch, daß bestimmte Entscheidungen vermieden werden, kommt Schwanken und Unsicherheit in die Bewegung. Merkwürdig ist die Entwicklung, die gerade Robert Schmidt genommen hat. In den neunziger Jahren war er der eifrigste Propagandist für die Arbeitsruhe, 15 Jahre später ist er ihr Gegner. Zur Erklärung habe ich nur das Wort Bebel's von den gehobenen Existenzen. Mit diesem Wort hat er sehr recht gehabt. Der Krämmerstandpunkt, der in Köln eingenommen wurde, muß zu einem Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaften führen. Denken Sie an Leimpeters Wort von den Chinesen und Botofuden. Die Arbeiterschaft macht keinen Unterschied zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung. Das zeigt sich bei den Geldsammlungen am besten.

Redner bittet um Annahme der Resolution Fischer.

Früger=Dresden:

Auch ich bedaure den Kölner Beschluß und freue mich, daß die eingebrachte Resolution und die Anträge klarstellen werden, daß in der Partei andere Meinungen verbreitet sind. Auf die Gewerkschaften wird das hoffentlich seinen Eindruck nicht verfehlen. Auch in meinem Wahlkreis macht sich eine Strömung, zum Glück keine starke, gegen die Arbeitsruhe geltend, obgleich gerade dieser Kreis zu denen gehört, die die größten Opfer für die Maifeier gebracht und damit große Erfolge erzielt haben.

In diesem Jahre war es uns das erste Mal gestattet, uns als Feiernde auf der Straße sehen zu lassen, war es eine Lust, zu sehen, wie Tausende von Arbeitern mit ihren Frauen hinauszogen. In manchen Berufen wird es ja nicht möglich sein, die Arbeitsruhe durchzusetzen, andererseits aber wäre es unrecht, die Berufe zurückhalten zu wollen, denen im Laufe von 16 Jahren die Arbeitsruhe in Fleisch und Blut übergegangen ist und daran nicht gehindert werden, den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern zu können. Die Maifeier ist in ihrer bisherigen Form eine Notwendigkeit, und darum müssen wir an ihr festhalten.

Robert Schmidt:

Parteigenossen! Nachdem der Parteitag gestern ohne Diskussion die Fraktion beauftragt hat, für Arbeiterkammern einzutreten, also ohne weiteres einen Programmpunkt aufgegeben und damit einen der Differenzpunkte mit den Gewerkschaften in loyalster Weise beseitigt hat, so fasse ich das als gutes Omen auch für die Behandlung des zweiten Differenzpunktes, der Maifeierfrage, auf. Unsere Stellung zur Maifeier ist gegeben durch die Erklärung Bömelburgs in seinem Schlußreferat zu Köln. Es besteht für uns nicht die Absicht, in illoyaler Weise eine Änderung in der Maifeier vorzunehmen. Wir sagen uns, eine solche Änderung kann nur geschehen durch eine andere Entscheidung des internationalen Kongresses und schließlich auch in Übereinstimmung mit der Partei. Zu einer Machtprobe können derartige Differenzen nicht gemacht werden. Ich hoffe, daß wir bis zum nächsten internationalen Kongreß noch zu einer anderen Regelung der Maifeier kommen werden, in einer Weise, wie es den Wünschen eines großen Teiles der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entspricht. Bis dahin wollen wir die Sache ruhen lassen. — Damit könnte ich mich eigentlich bescheiden, und der ganze Streit wäre überflüssig. Indessen sind doch vom Referenten einige Gesichtspunkte erörtert, auf die ich eingehen muß.

Die Generalkommission und auch ich persönlich haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Bedeutung der Maifeier von uns nicht angetastet werden könne. Wir sehen diese Bedeutung in großen Massendemonstrationen, an denen gewaltige Arbeitermassen teilzunehmen die Möglichkeit haben. Die bisherigen Erfahrungen haben aber gezeigt, daß immer nur ein kleiner Teil eine Demonstration abhält, die meiner Überzeugung nach nicht die Wirkung auf die herrschende Klasse hat, die sie haben sollte.

Deshalb der Vorschlag, am Abend die Demonstration zu veranstalten, wo der großen Masse die Möglichkeit gegeben ist, an solchen Kundgebungen teilzunehmen. Ist aber die Partei der Meinung, daß nur die Arbeitsruhe

die würdigste Form der Feier ist, so würde es sich empfehlen, die Feier am Abend fallen zu lassen, und in dieser einzig richtigen Art der Maifeier am Tage zu demonstrieren. Die Form, wie in der Partei zum guten Teil die Maifeier begangen wird, entspricht nicht der Würde, die die Maifeier beanspruchen darf, sie hat völlig ihren demonstrativen Charakter verloren.

Fischer meint, die Gewerkschaften haben die materiellen Gesichtspunkte entscheidend sein und die ideellen in den Hintergrund treten lassen. Ich gebe zu, daß in den Gewerkschaften materielle Fragen eine größere Rolle spielen als in der Partei, und daß schließlich auch hier und da Erscheinungen auftreten können, die vielleicht zu der Annahme verleiten, es wäre der materielle Gesichtspunkt entscheidend. Wenn z. B. die Berliner Maurer darüber streiten, ob der Stundenlohn im Tarifvertrag auf 72 oder 75 Pf. festgesetzt werden soll, so ist es sehr leicht, zu sagen, wir wollen die Frage durch einen Streik entscheiden. Aber man hat sich dann die Frage vorzulegen, ob der Einsatz in diesem Falle gewagt werden muß, und ob es rein vom materiellen Standpunkt für die Arbeiter empfehlenswert ist, diesen Einsatz zu wagen. Von einem Zurücktreten vom Boden des Klassenkampfes kann dann keine Rede sein. In der Partei habe ich mehr als in der Gewerkschaft die ideellen Gesichtspunkte zu betonen, komme ich nie in die Lage, sie hinter anderen Erwägungen zurücktreten zu lassen, und es sind die schlechtesten Gewerkschaftler, die den Mut haben, vor ihre Organisation zu treten und zu sagen: nach meinem Standpunkte ist es nicht angebracht, in diesem Falle den Einsatz zu wagen. Was aber in den Gewerkschaften an Idealismus vorhanden ist, hat sich doch gerade in den Kämpfen der letzten Zeit gezeigt; da ist eine Begeisterung und ein Korpsgeist zutage getreten, die keineswegs aus materiellen Erwägungen erwachsen waren. So peinlich es mir war, daß die Berliner Holzarbeiter mich wegen der Maifeierfrage in einer, wie es bei solchen Versammlungen üblich ist, ziemlich verletzenden Weise angriffen, so habe ich mich doch immer wieder ausgedöhnt, wenn ich vor der Tatsache stand, daß es möglich war, 20 000 Holzarbeiter in so kurzer Zeit zu organisieren und dahin zu bringen, daß sie 80 Pf. Beitrag pro Woche zahlen. Das hätte ich vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten. Deswegen behaupte ich auch, daß sich unsere Gewerkschaften ausgezeichnet bewährt und viel geleistet haben.

Fischer hat uns ferner einen Vorwurf gemacht, daß wir die Maifeier jetzt, wo eine aufsteigende Konjunktur vorhanden ist und die Maifeier an Umfang zugenommen habe, die Änderung eintreten lassen wollen. Es ist aber doch ganz zweifellos, daß bei aufsteigender Konjunktur manches durchgesetzt werden kann, was nachher bei abflauender Konjunktur einfach nicht aufrecht erhalten werden kann, und es fragt sich eben, ob man dem Rechnung tragen und lieber die Bewegung auf einer bestimmten Höhe halten will, auf der man sich behaupten kann. Die sachlichen Differenzen sind gar nicht so groß, und ich bitte Sie, nicht immer den Anschein zu erwecken, als ob wir die Bedeutung der Maifeier nicht voll anerkennt. Unsere Reden und Anträge geben keinen Anlaß, daran zu zweifeln. Es hat mich deshalb gefreut, daß Fischer unsere Argumente loyal gewürdigt hat. . . .

Louise Sieß-Samburg:

. . . Diejenigen, die die heutige Form der Maifeier beseitigen wollen, sagen, daß nicht rein rechnerische Erwägungen sie zu ihrer Stellungnahme veranlassen, sondern daß ihnen der Umfang der heutigen Maifeier nicht gefalle. Aber abgesehen von der Tatsache, daß in den letzten Jahren überall die Maifeier an Umfang zugenommen hat, nicht nur an großen Orten, sondern auch in den entlegensten Gegenden, und zwar die Maifeier durch Arbeitsruhe — abgesehen davon, bin ich der Meinung, daß, wenn die Maifeier nicht den gewünschten Umfang erreicht hat, dies nicht in letzter Linie auf das Bremsen einer Reihe von Gewerkschaftsführern zurückzuführen ist. Ich will nicht so illohal sprechen wie Schmidt, ich gebe zu, daß das ausgeprägteste Verantwortlichkeitsgefühl die Gewerkschaftsführer zu ihrer Sal-

tung veranlaßt hat, aber sie sind doch zu weit gegangen. Man durchkreuzt die Beschlüsse, und wenn man sie durchkreuzt hat, dann sagt man: da seht, die Maifeier hat nicht solchen Umfang erreicht, ergo muß sie beseitigt werden. Wir müssen gerade, das erkläre ich im Gegensatz zu den Ausführungen von Schmidt, den Idealismus zu erwecken suchen, um so mehr, da man uns, und nicht mit Unrecht, in Deutschland „Organisationsfanatiker“ nennt. Wir müssen auf der einen Seite bestrebt sein, große, starke Organisationen zu schaffen, auf der andren Seite aber haben wir dafür zu sorgen, daß in diesen Organisationen der richtige Geist herrscht.

### S ä n i s c h = Dortmund :

... Die Vorgänge in den Gewerkschaften beweisen, daß die große Mehrzahl der Arbeiter mit ihrem Herzen an der Maifeier hängt und nicht daran denkt, sie sich rauben zu lassen. Nun erklärt R. Schmidt ja allerdings, es liege ihm nichts ferner, als die Maifeier zu beseitigen: er wolle durch die Verlegung der Feier auf den Abend die Demonstration einheitlicher, gewaltiger und imponanter machen. Dabei wird nur vergessen, daß durch die Beseitigung der Arbeitsruhe der Feier der Charakter der Demonstration eben genommen wird. Ja, selbst Elm, der wahrhaftig kein radikaler Himmelsstürmer, kein Draufgänger, sondern ein ruhiger, überlegter Mann ist, sagt, daß durch die Verlegung der Feier auf den Abend ihr das Todesurteil gesprochen wäre. Dasselbe hat sogar Bömelburg auf einer Kreiskonferenz in Dortmund mir zugegeben. Beseitigt man die Arbeitsruhe, nimmt man der Maifeier den großen revolutionären Trugcharakter, dann sollte man sie lieber überhaupt aufgeben. Man möge sich hüten, gerade in Deutschland, wo wir leider im allgemeinen allzu ruhige und nüchterne Menschen haben, wo es so schwer ist, Begeisterung und revolutionäres Feuer in den Massen zu erwecken, das, was wir in fünfzehnjähriger Arbeit eingepflanzt haben, mit eigener Hand wieder herauszureißen. Es wäre unverzeihlich im Interesse der ganzen Bewegung.

Man muß die Maifeier betrachten vom Standpunkt des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften. Es ist sehr mit Recht viel darüber geklagt worden, auch von Fischer, daß es nicht so ist, wie es sein sollte, daß der sozialistische Gedanke in den Gewerkschaften nicht gepflegt werde, ja daß eine innere Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften teilweise eingetreten sei. Mir selbst ist in einer Versammlung eines Ortsvereins der Metallarbeiter vorgekommen, daß ich in der Diskussion auf das schwerste getadelt wurde, weil ich die Anwesenden als Genossen angeredet hatte; damit hätte ich mich an der Neutralität veründigt. Als ich erwiderte, ich betrachte den Ausdruck Genossen als Ehrentitel, wurde mir auch das verübelt und gesagt, ich hätte keine Ahnung von gewerkschaftlicher Taktik. Es gibt Gewerkschaftsblätter, ich will sie nicht nennen, die auf das ängstlichste das Wort Genossen aus ihren Spalten fernhalten. Eines der bekanntesten Gewerkschaftsblätter verwahrte sich erst in den letzten Wochen in einer Polemik mit einem Zentrumsorgan entristet dagegen, eine sozialistische Zeitschrift empfohlen zu haben. Es verwies darauf, daß an dieser Zeitschrift auch Bürgerliche mitarbeiteten. Kann man sich etwas Schmäherisches denken? Ich bin mit den Ideen Friedebergs in den meisten Punkten nicht einverstanden und halte die Feenpalast-Resolution für konfus und verkehrt. Aber ein wahrer Satz ist darin: das größte Unglück, das die deutsche Arbeiterbewegung getroffen, sei die Neutralitätserklärung. Ja, sie war ein überaus schweres Unglück, besonders deshalb, weil sich die Gewerkschaften dabei leider auf Bebel berufen können. Mit allen Mitteln muß sozialistischer Geist in den Gewerkschaften verbreitet werden. Das beste Mittel hierzu ist die Maifeier. Da können die Redner herausgehen aus der Enge und der Kleinheit der Tagesarbeit, da können sie Verständnis herstellen für die große Kulturbewegung des Sozialismus. Ich muß schließen; ich bedaure, daß wir nicht unbeschränkte Redefreiheit in dieser Frage haben. Ich hoffe, daß der Parteitag mehr Feuer hinter der Maifeier machen wird, die nicht nur deshalb begangen werden muß, weil sie einmal da ist, die



niemals zu einer konventionellen Feier herabsinken darf. Nicht zurück muß es heißen, sondern vorwärts, dreimal vorwärts.

Dr. Karl Liebknecht=Berlin:

... Wir haben nur einen Emanzipationskampf, aber er wird von zwei Armeen auf zwei verschiedenen Terrains und hoffentlich in Zukunft immer mehr unter einer taktischen Leitung geführt, und der Gedanke der Maiseier ist das Banner, unter dem die Armeen marschieren und kämpfen.

Knieriem=München:

Wir Sozialdemokraten haben eigentlich alle Ursache, den Gewerkschaftlern für ihre Leistungen auf dem Kölner Tage dankbar zu sein. Denn gerade infolge der Vorgänge in Köln ist der Gedanke an die Maiseier wieder lebendig geworden. Waren wir doch allmählich etwas los geworden in der Behandlung der Maiseierfrage auf unseren Parteitag. Etwas Kühn fand ich besonders die Äußerung Brinmanns, man solle ihm doch erst den Sozialdemokraten oder Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses legen, der durch die Maiseier gewonnen worden sei. Tausende, Zehntausende sind gerade durch die Maiseier gewonnen worden. Nicht die Unterstützungsfälle machen es, sondern die Begeisterung. Und diese Mitglieder, die hier gewonnen werden, sind bessere Kämpfer als die, welche aus egoistischen Motiven zur Gewerkschaft gehen. Einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften soll und kann es nicht geben. In München hat der Gedanke der Maiseier immer mehr Boden gefaßt. Zuerst hatten wir kaum einen Saal voll, jetzt sind drei, vier Lokale überfüllt. In die kleinsten Städte Bayerns ist der Gedanke der Arbeitsruhe siegreich eingebracht. So war in Kempten im Allgäu die Maiseierversammlung, in der ich referierte, trotz der Krisis von über 180 Mann besucht. Es wäre ein Akt der Feigheit, wenn wir in der Maiseierfrage zurückzusehen wollten. Sollen wir etwa den Genossen sagen: „Es war alles unwahr, was wir euch fünfzehn Jahre lang gepredigt haben?“

Auf den Zitatenhaß, den Genosse Schmidt aus dem früheren Jahrhundert gesammelt hat, will ich nicht eingehen. In München arbeiten Partei und Gewerkschaften Hand in Hand; es schadet nicht, daß die Gewerkschaften als sozialdemokratisch verfahren werden, „Sozialdemokrat“ ist ein Ehrenname, er beweist, daß klassenbewußte Arbeiter zusammenstehen und nicht Neutralitätsdusler, die bald hierhin, bald dorthin marschieren. Einheit in der Auffassung und Einheitlichkeit im Kampfe führt die klassenbewußte Arbeiterschaft zum Ziel.

Castrop=Bielefeld:

Die Idee der Maiseier ist durchaus nicht im Abflauen begriffen, sondern greift immer mehr um sich. Das kann ich gerade für Bielefeld versichern. Wir erwägen jetzt, ob wir nicht in Bielefeld in Zukunft am hitzerischen Schützenfest, wo wir zwangsweise feiern müssen, arbeiten, und dafür am 1. Mai feiern wollen. Eine spezifisch sozialistische Forderung ist der 1. Mai nicht, aber eine ideale Forderung, an der wir festhalten müssen.

Brécour=Niel:

Mit dem Wegfall der Arbeitsruhe würde die Maiseier begraben sein. Ich würde lieber die Abendversammlungen, an deren Verlauf manches auszuweichen ist, ausfallen lassen, als die Arbeitsruhe. Schmidt sprach von der Konjunktur. Ich war bisher der Meinung, daß die Gewerkschaften in der guten Konjunktur Forderungen erstreiten und in der schlechten Konjunktur versuchen, das Erreichte zu behaupten. Es liegt gar kein Grund vor, in der Maiseierfrage eine andere Taktik zu verfolgen. Der Antrag 79, der vom 5. schleswigischen Kreise ausgeht, fordert zur Arbeitsruhe am 1. Mai auf und verpflichtet die Partei, für die Folgen mit ihren Mitteln einzutreten. Dieser Antrag ist von einem energischen Gegner der Arbeitsruhe eingebracht worden, der damit die Partei auf die Probe stellen will. Ich meine, daß die Parteitagbeschlüsse doch zugleich gewissermaßen mit durch

die Gewerkschaften gefaßt sind, weil doch in weitem Umfange eine Personalunion existiert. Es ist also falsch, zu erklären, die Partei dürfe die Gewerkschaften nicht binden. Bei den großen Streiks der letzten Jahre war die Partei doch auch durch die Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen gestellt und mußte, ohne daß sie an dem Streikbeschlusse mitgewirkt hatte, mit ihren Mitteln eintreten. Das war die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Partei. Dann sollten aber auch die Gewerkschaften anerkennen, daß sie mit der Partei solidarisch handeln müssen. Genosse von Elm erklärte in den „Sozialistischen Monatsheften“, der sozialistische Gedanke müsse in den Gewerkschaften gepflegt werden. Wie ist das aber möglich bei der Überneutralität, wie sie jetzt vielfach propagiert wird? Treten Sie für die Arbeitsruhe am 1. Mai ein! Überall kann sie noch nicht durchgesetzt werden, aber es fehlt leider in manchen Kreisen auch am guten Willen.

### Schuhmacher-Stuttgart:

Die Strömung gegen die Maifeier hat bis zum gewissen Grade ihren Ursprung in Stuttgart. Das ging hervor aus den Berichten in der Presse über die Maifeier und aus dem passiven Verhalten zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai und dem Verzicht auf die früher stattgefundenen Umzüge. Das ist höchst bedauerlich. Aber es ist erklärlich, wenn berufene Vertreter der Gewerkschaften in Stuttgart öffentlich erklären, daß man mit der Maifeier keinen Hund vom Ofen locken könne. Dann muß die Begeisterung natürlich abflauen. Ich bestreite es, daß, wie Bringmann behauptet, die Maifeier kein gewerkschaftliches Agitationsmittel sei, und ich glaube, darin werden mit mir viele Gewerkschaftler einig sein. Die organisierte Arbeiterschaft Stuttgarts hat sich in einer Versammlung nach dem Kölner Kongreß auf den Boden der Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses gestellt und das Vorgehen der Führer auf dem Gewerkschaftskongreß verurteilt. Denselben Beschluß hat bekanntlich die Leipziger Generalversammlung der Metallarbeiter gefaßt. . . .

### Zubeil-Berlin:

Es war sehr interessant, von Robert Schmidt zu hören, daß bei niemand die Absicht vorliege, die Maifeier zu ändern, er sprach aber sofort die Hoffnung aus, der nächste internationale Kongreß werde hoffentlich die Meinung der organisierten Arbeiterschaft zu der seinigen machen. Er meinte wohl: die Ansicht der Gewerkschaftsführer; denn unter der Arbeiterschaft sind solche Ansichten nicht vorhanden.

Schmidt hat in seiner Rede in erster Linie nebensächliche Punkte aus Fishers Rede behandelt, auf den eigentlichen Kernpunkt ist er nur wenig eingegangen. Wenn nach dem Kölner Kongreß Erbitterung unter den Arbeitern zutage getreten ist, so ist die Ursache der Hohn und Spott, mit dem die Maifeierfrage von Bringmann und anderen behandelt worden ist. Schmidt sprach von Massendemonstrationen. Abendversammlungen können aber meines Erachtens in dieser Frage nicht als Demonstration gelten. Wohl selten hat ein Referent so aus der Seele der Delegierten gesprochen, wie gestern Fischer. Es kann so nicht weitergehen, daß die einen die Bremse anlegen, während die andern den Karren vorwärts bringen wollen. Ich gebe zu, daß die Gewerkschaften andere Aufgaben zu erledigen haben, als die Partei. Aber eins steht doch auch fest, daß es Fragen gibt, die nicht getrennt behandelt werden können, an denen beide Teile ein und dasselbe Interesse haben, und zu diesen Fragen gehört die Maifeier. Man mag die Frage beurteilen wie man will, jedenfalls hat die Maifeier in dem Augenblick, wo die Arbeitsruhe aufgehoben wird, ihre Schneide verloren, und wir können sie zum alten Eisen werfen. Man sagt, in großen Industrien und in vielen Gegenden sei die Arbeitsruhe undurchführbar. Das ist richtig, aber haben wir jemals uns an unserer Agitation dadurch hindern lassen, daß viele Gegenden rückständig sind? Im Gegenteil, wir haben uns dann erst recht Mühe gegeben, auch in diesen Gegenden Erfolge zu erzielen. Industriebezirke, denen es heute noch unmöglich ist, die Arbeitsruhe am 1. Mai

begehen zu können, müssen sich dann damit begnügen, die Feier im Geiste mitzufeiern. Ich gebe zu, daß die Geldfrage in den Gewerkschaften keine untergeordnete Rolle spielt. Die Gewerkschaftsführer sollten aber auch wissen, daß in allen großen wirtschaftlichen Kämpfen die Partei keinen Augenblick gezögert hat, voll und ganz für die Gewerkschaften einzutreten. Ich erinnere an den Hafenarbeiter-, den Bergarbeiter- und den Erntemischauer Streik; in allen diesen Streiks ohne Ausnahme hat die Partei hervorragend eingegriffen. Der Kölner Kongreß hat also durchaus keine Ursache, die Frage in dieser Art zu behandeln. Wie steht es denn bei den Gewerkschaften selbst? In einem und demselben Beruf und Verband ist an einem Ort die neunstündige Arbeitszeit und 60 bis 70 Pf. Stundenlohn erkämpft; an einem andern Ort und in der Gegend müssen sie noch um die elfstündige Arbeitszeit und um 25—30 Pf. Stundenlohn kämpfen. Es fällt niemand ein, die fortgeschrittenen Arbeiter zu hindern, sich noch bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Man hat sogar die Toten nicht ruhen lassen; selbst von Schoenlank wurde behauptet, daß er ein Feind der Arbeitsruhe gewesen sei, während das gerade Gegenteil richtig ist. Nehmen Sie die Resolution an und zeigen Sie nach außen und nach innen, daß es endlich einmal an der Zeit ist, andere Wege einzuschlagen.

Simon = Nürnberg :

Ich freue mich, daß in bezug auf die vorgelegte Resolution eine Verständigung mit der Generalkommission erzielt worden ist. Diese Verständigung hätte nur schon früher erzielt werden sollen. Sie ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß von den Arbeiterversammlungen nach dem Kölner Kongreß die Haltung der Führer nicht gebilligt worden ist. Der große Teil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die Genosse Schmidt für seine Anschauungen reklamierte, ist eben gar nicht vorhanden. Robert Schmidt meinte, es denke niemand daran, die Mäifeier zu beseitigen. Man will die Feier auf den Abend verlegen, angeblich, um eine größere Demonstration zu erreichen. Aber es ist eine Tatsache, daß man in Stuttgart auf eines unserer besten Demonstrationsmittel, den Umzug, freiwillig verzichtet hat, obgleich er in Stuttgart gestattet war. Daraus geht hervor, daß es sich nicht darum handelt, größere Demonstrationen zu erreichen, sondern man will die Mäifeier überhaupt beseitigen. — Unsere Aufgabe in den Gewerkschaften muß es sein, die Arbeiter, die zu uns kommen, zu klassenbewußten Arbeitern zu erziehen. Das wird heute vielfach veräuht. Man steht heute vielfach nicht mehr auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Massen für die Partei zu erziehen. Daher ist eine teilweise Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften eingetreten. Gerade die Mäifeier ist eine geeignete Gelegenheit, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Ziele der Partei zu begeistern, nirgends kann man wirksamer die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung geißeln, als gerade am 1. Mai. Daher soll man auch die Bedeutung der Abendversammlungen nicht unterschätzen. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter für die Ziele der Partei begeistert werden.

F r i s s c h = Berlin :

Ich begrüße es, daß die Frage der Mäifeier hier ausführlich erörtert wird. Zweifellos hat die Beteiligung an der Mäifeier in den letzten Jahren nicht zu-, sondern abgenommen. Die größere Zahl der Beteiligung in diesem Jahre ist nach meiner Meinung darauf mit zurückzuführen, daß der 1. Mai auf einen Montag fiel. Genossen, das ist so mein Gefühl, und ich werde es mir nicht nehmen lassen, das hier zum Ausdruck zu bringen. Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, Worte so zuzuspitzen, daß sie den Beifall der Parteigenossen finden; das ist furchtbar leicht, das kann man in jeder Partei, jeder Gewerkschaftsversammlung leicht erreichen. Ich halte es aber für meine Pflicht, das auszusprechen, was ich denke. Fragen Sie Bruhns, der seit Jahren in Oberschlesien im Dienste der Partei und Gewerkschaft tätig ist, wie viele von den 500 000 dort auf ein Territorium so

groß wie Berlin zusammengedrängten Arbeitern sich an der Arbeitsruhe beteiligen. Fragen Sie Haenisch — wenn er auch eine andere Auffassung hat —, wie viele von den Arbeitern im Ruhegebiet den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Wer die Verhältnisse in diesen Gegenden kennt, wird wissen, wie wenig der Gedanke der Maifeier durch Arbeitsruhe noch in den breitesten Schichten eingedrungen ist. Unter diesen Umständen war es Pflicht des Gewerkschaftskongresses, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Ich will auf die Verhandlungen dort nicht näher eingehen, ich will nur eins betonen. Alle Diskussionen in den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen nach dem Kölner Kongreß können nicht dazu führen, das zu erreichen, was die Volksseele herbeisehnt, die friedliche Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften. Dieser Wunsch der Arbeiter nach einem friedlichen Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften muß hier zum Ausdruck kommen. Ich bin seit vielen Jahren angestellter Beamter der Maurerorganisation in Berlin. Ich glaube, darüber, welche Stellung die Maurer in den großen Städten zur Maifeier eingenommen haben, ist kein Zweifel, sie haben die volle Arbeitsruhe durchgesetzt. Aber meine Kollegen in den übrigen Gegenden Deutschlands, die ebenso gute Verbandsmitglieder sind wie die Berliner, konnten eben eine derartige Stellung zur Maifeier nicht einnehmen, weil, wenn sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hätten, sie den Arbeitgebern die Gelegenheit gegeben hätten, sie zu einer für den Verband ungünstigen Gelegenheit in den Streit zu treiben. Ist es vielleicht vergessen, daß gerade die Formorganisation vor der Feier des 1. Mai im Jahre 1890 eine von den Arbeitgebern anerkannte Organisation war, mit der die Arbeitgeber selbst in Berlin einen Tarif abgeschlossen hatten, und daß dann diese Organisation zum Teil, jedenfalls aber der Tarifvertrag zum Teufel gegangen ist durch die Aussperrungen nach dem 1. Mai? Ist es vergessen, daß die Hamburger Maurer im Anschluß an die Maifeier 1890 Aussperrungen über sich ergehen lassen mußten, die zum Teil 13 Wochen lang dauerten, und daß im Anschluß daran die Organisation der Maurer dezimiert wurde, weil dann noch außerdem die wirtschaftliche Konjunktur abflaute?! Wenn Genosse Schmidt hier zum Ausdruck gebracht hat, daß, wenn wir Streiks unternehmen, wir uns dazu die beste Konjunktur aussuchen müssen, so unterschreibe ich das in vollem Umfange. — Ein Redner führte aus, die Gewerkschaften müßten auch in solche, bei niedergehender Konjunktur die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Ja, wenn das erreicht wäre, dann bräuchten wir nicht mehr darüber zu diskutieren, ob wir den 1. Mai feiern; dann wäre die Maifeier zur Tatsache geworden. Wenn den Arbeitern keine schweren wirtschaftlichen Nachteile mehr daraus entstünden, würden sie selbstverständlich den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern.

#### Silberschmidt-Berlin:

Den hohen ideellen Wert der Maifeier verkennen die Gewerkschaften durchaus nicht, leider aber haben wir es trotz aller Agitation nicht dahin gebracht, daß in absehbarer Zeit die Arbeitsruhe allgemein durchgeführt werden kann. Der Streit geht nicht um die Maifeier selbst, sondern um die Form der Feier. Daß nur Gewerkschaftsführer Zweifel an der Durchführbarkeit der Arbeitsruhe hätten, ist falsch. Ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder teilt diese Zweifel. Ich bin ferner ermächtigt, zu erklären, daß die ganze schlesische Parteiorganisation die Beseitigung der Arbeitsruhe wünscht. Die Geldfrage ist für uns in zweiter oder letzter Linie maßgebend. Es steht aber fest, daß durch die Arbeitsruhe die Entwicklung der Organisationen unter Umständen schwer geschädigt wird. Da werden häufig große industrielle Betriebe wieder auf Jahre hinaus von Organisierten entblößt, und es vergehen wieder Jahre, bevor die Organisation wieder den früheren Einfluß gewinnt. Die Arbeitsruhe verhindert uns, die Lohnbewegungen so zu führen, wie es die Taktik fordert. In diesem Sinne ist gesagt worden, daß die Maifeier die Taktik der Gewerkschaften durchkreuzt. Die Maifeier zwingt uns, zu ganz bestimmtem Zeitpunkt uns auf Lohnbewegungen einzulassen, die Unternehmer können sich

darauf vorbereiten, und unsere Aufgabe ist uns erschwert. Wir wünschen den Frieden, und in der Voraussetzung, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß zwischen den in Frage kommenden Instanzen Beratung und womöglich eine Verständigung über die Form der Maifeier stattfindet, stimmt die Generalkommission der Resolution Fischer zu.

### Regien=Berlin:

... Ich will gleich an die Ausführungen Silberschmidts anknüpfen. Er sagte, es sind nicht prinzipielle Gegensätze, die einen Teil der Gewerkschaftsvertreter nötigen, sich gegen die Maifeier durch Arbeitsruhe zu wenden, sondern Fragen der Taktik. Er wollte ausführen und wurde dabei unterbrochen, daß die Gewerkschaften die größte Dummheit begehen würden, wenn sie den Unternehmern den Zeitpunkt zu bestimmen überließen, wann sie angreifen wollen. Das ist das, was wir durch die Maifeier, wenn wir sie durch Arbeitsruhe begehen und einen energischen Druck dahinter setzen wollen, daß die Arbeitsruhe um sich greift — das ist es, was die Gewerkschaften damit tun würden. Wir würden tatsächlich Jahr für Jahr den Unternehmern den Zeitpunkt von vorherein bestimmen, wo sie in der Lage sind, unsere Organisationen anzugreifen. — Nun vergessen Sie eins nicht. Ich rechne bestimmt darauf, daß wir einmal dazu kommen werden, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen. Es ist ja schon ein falsch gewähltes Wort, wenn man immer von einer „Maifeier“ spricht. Zum Feiern haben wir keine, noch heute gar keine Ursache, so stehen die Dinge noch lange nicht. Es handelt sich vielmehr um eine Demonstration. Demonstration wollen wir für Forderungen, die wir an die herrschende Klasse stellen. Also um Maidemonstration, nicht um Maifeier handelt es sich. Dieses falsch gewählte Wort zeigt schon, daß die ganze Auffassung über die Maidemonstration sich in falschen Bahnen befindet. Ich bin fest überzeugt, wir kommen in Deutschland dazu, auch international dazu, die Maidemonstration durch Arbeitsruhe zu begehen. Wenn sie aber durch Arbeitsruhe begangen werden soll, so sind es einzig und allein die Gewerkschaftsorganisationen, die die Träger dieser Bewegung sein können. Ohne die gewerkschaftlichen Organisationen — ich glaube, ich brauche vor Ihnen das nicht näher darzulegen — wird es nicht möglich sein, die Arbeitsruhe einmal durchzuführen. Und wenn Sie nun durch dieses fortgesetzte Drängen gegenüber den Gewerkschaften darauf hinwirken, daß die Gewerkschaften von Jahr zu Jahr zu einem ihnen ungelegenen Zeitpunkt in den Kampf gebrängt werden, so bedeutet das eine Schwächung dieser Organisationen, eine Verstärkung der Kraft des Unternehmertums... Es ist eben eine Halbheit, die sich hier zeigt, wenn eine Reihe von Genossen ausgeführt hat: Wenn die Demonstration am 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begangen, sondern auf den Abend verlegt werden soll, dann solle sie überhaupt fallen gelassen werden. Ja, wenn Sie auf diesem Standpunkte stehen, dann bitte, beschließen Sie hier strikte Arbeitsruhe, erklären Sie es als Pflicht jedes Parteigenossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Ein Drittes gibt es nicht, entweder die Verpflichtung wird allen auferlegt oder Sie müssen die Art der Demonstration so gestalten, daß die Masse der Arbeitererschaft an ihr teilnehmen kann. Nun werden Sie selbstverständlich erklären, das ist unmöglich, wir können unmöglich die Parteigenossen verpflichten, am 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu demonstrieren. Das weiß ich genau wie Sie. Und weil wir das nicht können, so soll man von der Halbheit lassen und soll die Demonstration so gestalten, wie sie heute durchführbar ist. Es ist aber das Gefühl, daß man etwas, was man gern durchführen möchte, in der gegebenen Situation nicht durchführen kann, was diesen ganzen so leidenschaftlich geführten Streit herbeiführt. Man will eben die Maidemonstration zu einer Prinzipienfrage machen. Das ist sie aber nicht, sie ist vielmehr ebenso eine Frage der Taktik wie zum Beispiel die Frage der Teilnahme an den Wahlen, die Stellung zum Parlamentarismus. Wenn man sie von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Demonstration so gehandhabt werden muß,

wie sie durchgeführt werden kann. Es handelt sich, wie gesagt, bei der Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter keineswegs um eine Beseitigung der Maidemonstration. Das Gegenteil ist der Fall. Diejenigen, die die Demonstrationen in die Abendversammlungen verlegen wollen, wollen nicht eine Herabminderung dieser Demonstration, sondern eine Verstärkung derselben. Wenn hier von Genossin Zieg und anderen behauptet worden ist, die Demonstration durch Arbeitsruhe hätte an Umfang gewonnen, so ist das nur bedingungsweise wahr. Gewiß ist die Zahl der durch Arbeitsruhe Demonstrierenden im letzten Jahre noch gewachsen, aber steht denn dieses Wachstum im Verhältnis zum Anwachsen der sozialdemokratischen Partei und insbesondere zum Anwachsen der Gewerkschaftsorganisationen? Stehen die einige tausend Feiernden mehr im Verhältnis zu den drei Millionen Stimmen der Partei und zu den einviertel Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern? (Zuruf: Weil dagegen gearbeitet wird!) O nein, Genosse Sindermann, wenn das Gefühl vorhanden wäre bei der Arbeitererschaft, dann wäre jedes Gegenarbeiten vergeblich. Genau so verhält es sich mit der Äußerung, die Masse der Gewerkschafter stände nicht hinter ihren Vertretern auf dem Kölner Kongreß. Wenn das wirklich der Fall wäre, so wären sie nicht mehr in ihrer Stellung. ....

### Hering=Flensburg:

Wenn der Vorredner sagt, die Frage der Maifeier sei für ihn keine Prinzipienfrage, so hat er damit gerade dem Gegensatz zu der großen Masse Ausdruck gegeben, denn diejenigen, die die Maifeier mit ihrem revolutionären Gefühl und nicht mit dem Geldbeutel begeben, betrachten sie als ein Stück Selbstzweck, für sie ist die Maifeier gewissermaßen ein Symbol der Zukunft großer Tage. Man spricht von einem Verantwortlichkeitsgefühl der Gewerkschaftsführer; gewiß, wehe dem Gewerkschaftsführer, der kein Verantwortlichkeitsgefühl hat, aber haben sie nicht auch nach der anderen Seite hin ein Verantwortlichkeitsgefühl, sind sie nicht auch verpflichtet, ihre Mitglieder mit revolutionärem Geist zu erfüllen? Wenn man die Maifeier nur vom Standpunkte des Geldsackes aus betrachtet, dann bräuchten wir nicht solche Gewerkschaftsführer, dann könnten wir den ersten besten preußischen Militäranwärter dazu nehmen, der rechnen gelernt hat. — Es ist ein Trauerspiel, daß es angesichts der heutigen ernsten Verhältnisse fortwährend Genossen gibt, die es geschickt und überlegt verstehen, für eine schlechte Sache einzutreten. Der Antrag 79 ist in der Form am radikalsten, aber die Urheber des Antrages hatten nur das Bestreben, der Maifeier den Garaus zu machen. Man muß sich wundern, daß so etwas passieren kann. Genosse Schmidt berief sich heute früh auf Liebknechts Äußerungen über die englischen Gewerkschaften. In Wirklichkeit hat Liebknecht gesagt, die deutschen Arbeiter müßten dafür sorgen, daß ihre Gewerkschaften so ausgebaut werden, wie die englischen, aber andererseits müßte auch dafür gesorgt werden, daß die englischen Organisationen von demselben revolutionären Geist erfüllt werden, wie die deutschen Sozialdemokraten. Man vertröstet uns auf den nächsten internationalen Kongreß. Aber glauben Sie denn, daß die deutschen Arbeiter noch zur Maifeier gehen können in dem Gefühl, daß unter Umständen auf dem nächsten internationalen Kongreß der Maifeier der Todesstoß versetzt werden soll? Da ist doch begreiflich, daß selbst der begeistertste Anhänger der Maifeier die Lust verlieren kann. Man verweist uns auf die Abendveranstaltungen. Nun, die Märzfeier, die Cassalfesteier waren Abendveranstaltungen, aber wo sind sie geblieben? ....

### Hüttmann=Frankfurt a. M.:

Mit der Resolution sind wir wohl alle einverstanden, und trotzdem werden die Debatten so leidenschaftlich geführt, daß man sich wundern muß. Zugegeben muß werden, daß auf dem Kölner Kongreß einige Äußerungen gefallen sind, die Zurückweisung verdienen. Das ist aber bereits auf dem Gewerkschaftskongreß selber geschehen, z. B. Bringmann gegenüber. Wohin geraten wir dann, wenn hier immer Äußerungen gegen Äußerungen aus-

gespielt werden! Vergessen wir doch nicht, daß sich die Verhältnisse seit 1890 verschoben haben. 1890 waren die Gewerkschaften außerordentlich schwach, und auf die Durchführung der Maiseier hatten sie sehr geringen Einfluß. Im Laufe der Jahre sind die Gewerkschaften sehr erstarbt und damit auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Da liegt der Schwerpunkt. Wären die Gewerkschaften heute noch so schwach wie 1890, so würden wir uns gar nicht über die Maiseier streiten, da die einzelnen Personen dann keine Verantwortung träfe. Es läßt sich auch nicht bestreiten, daß die Teilnahme an der Maidemonstration durchaus nicht in dem Maße zugenommen hat, wie die Gewerkschaften gewachsen sind. Wir dürfen nicht immer bloß auf die Lichtseiten, wir müssen auch auf die Schattenseiten dieser Demonstration hinweisen. Wenn es infolge der Maiseier zu einer größeren Absperrung kommt, dann würde es auch in Parteitreifen heißen, die Leute hätten vor-  
sichtiger sein müssen.

Glauben wir doch nicht an böse Motive bei den Gewerkschaftsklern und konstruieren wir nicht künstlich Gegensätze. Es gibt auch nicht einen einzigen in der Gewerkschaft tätigen Genossen, der dort nicht sozialistischen Geist verbreitete. Ich kann mir einen solchen Gewerkschaftsführer nicht denken; es wird Ihnen schwer fallen, einen Beweis dafür zu liefern. Ich kann mir einen solchen Gewerkschaftsführer nicht denken, wenn er seine Aufgabe nicht vernachlässigen will. Man kann ja gar nicht besser für den Klassenkampf erzielen, als wenn man sozialistischen Geist in die Gewerkschaften bringt, und vergessen wir nicht, die Gewerkschaften sind es, die in die entlegensten Dörfer den Klassenkampf hineintragen. Da sollte man auch solche verletzenden Nebensarten von den Leuten mit gehobener Lebensstellung unterlassen. Dem ersprießlichen Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft dienen wir mit solchen Kraftausdrücken nicht. Wenn wir sie unterlassen, können wir uns sehr gut über die Maiseier einigen.

### Stube-Hamburg:

... Von den einzelnen Gewerkschaftsführern ist systematisch gegen die Maiseier Stimmung gemacht worden, zunächst auf dem Wege der Kleinarbeit, im kleinen Kreise. Es ist ganz unverständlich, daß einzelne Gewerkschaftsblätter vor dem 1. Mai für die Arbeitsruhe eintreten und nachher höhnisch darüber herfallen. So schreibt der „Zimmerer“, ähnlich andere Gewerkschaftsblätter: „Zu ihren Verteidigern haben wir uns zwar noch nie gezählt und zählen wir uns auch in Zukunft nicht. Aber wir haben ihr, wie unsere alljährliche Mainummer zeigt, das Honneur nicht verweigert, wie es auch die Parteipresse immer nur gemacht hat, und wir gedenken das auch in Zukunft zu tun.“ Ich möchte fragen, wo denn die Parteipresse der Maiseier nur Honneurs erwiesen hat? Seit Jahren will ein Teil der Gewerkschaftsführer von der Maiseier nichts mehr wissen. Vor Amsterdam und Köln fand die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt; warum hat Schmidt dort nicht seine Ansichten über die Maiseier entwickelt, dann hätten die deutschen Holzarbeiter dazu Stellung nehmen können. Soweit ich unterrichtet bin, hat auch nicht eine Holzarbeiterversammlung erklärt, daß sie mit dieser Haltung einverstanden sei (Zuruf: Zwei Drittel!). Ja, in Amsterdam hatte der Holzarbeiterverband drei Vertreter. Zwei, Schmidt und Leipart, waren für das Aufgeben der Maiseier, nur Röske war dagegen. Da stimmt es mit den zwei Dritteln. Aber die Stimmung in den Kreisen der Holzarbeiter ist anders. Das beweist die Depeche der Berliner Kollegen nach Amsterdam und die Beschlüsse mehrerer Holzarbeiterversammlungen. Wenn man sagt, daß die Gewerkschaften schon große finanzielle Opfer für die Maiseier gebracht haben, so ist die Summe nicht so groß als die Summen, die anfangs der neunziger Jahre von den Genossen, die am 1. Mai arbeiteten, mit dem Ringelbeutel für die Gewerkschaften und für die Opfer der Arbeiterbewegung aufgebracht worden sind. Persönliche Opfer sind natürlich auch gebracht worden, aber einen Kampf ohne Opfer können wir nicht führen. . . .

von Elm-Hamburg:

.... Es hat mich ganz besonders gefreut, daß Fischer in so sachlicher Weise die Maifeierfrage hier erörtert hat, daß er nicht in denselben Ton verfallen ist, der nach dem Gewerkschaftskongreß gegenüber den Gewerkschaftsführern angeschlagen worden ist. Es hat mich gefreut, daß er nach den sachlichen Ursachen geforscht und nicht die Personen verantwortlich gemacht hat.

Regien sagt, die Maifeier sei allerdings gewachsen, aber sie sei nicht gewachsen im Verhältnis zum Anwachsen der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsbewegung. Das bestreite ich. Ich habe gerade in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe kleinerer Orte in Schleswig-Holstein geredet und überall gefunden, daß, wo früher die Maifeier nie durch Arbeitsruhe begangen ist, die Genossen jetzt mit großer Begeisterung an der Arbeitsruhe hängen und durchaus nicht gewillt sind, sie fallen zu lassen. Sollen wir die Arbeitsruhe auf, so nehmen wir der Maifeier ihren Charakter. Deshalb müssen wir die Maifeier beibehalten, wir müssen aber auch die Abendfeier beibehalten, denn wir sind heute noch nicht so weit, daß sämtliche Arbeiter feiern können, und wir müssen auch denen, die arbeiten, den Gedanken der Maifeier klarmachen. ....

Einmal wird es sich noch zeigen, daß der Geist, der in der Maifeier steckt, daß der sozialistische Geist mächtiger ist, wie alle Tendenzen, die darauf hinwirken, einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zu schaffen. Aber heute ist unsere Entwicklung noch nicht abgeschlossen, die Weltgeschichte geht weiter, und wenn wir nicht einen Weg finden, der für die Dauer solche Gegensätze verhindert, so werden wir dieselben in der schärfsten Form haben, und das würde ein Unglück für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung sein. ....

Referent Fischer=Berlin:

.... Nun hat Genosse Schmidt weiter gesagt, nachdem die Generalkommission sich mit der Resolution einverstanden erklärt habe, in dem Sinne, daß sie gegen die jetzige Form der Maifeier nichts einzuwenden habe, könnte man bis zum nächsten internationalen Kongreß die Sache ruhen lassen, um dann auf eine Änderung in dieser Frage hinzuwirken. Regien hat diese Auffassung bekräftigt. Ich meine nun allerdings, daß damit die Frage nicht erledigt sein kann. Wenn unsere Debatte einen Sinn haben soll, so doch den, daß wir von Partei wegen den Standpunkt gar nicht teilen, den Schmidt in seiner Resolution an den Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck gebracht hat. Es kann sich nicht darum handeln, jetzt eine Art Gottesfrieden zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung bis zum nächsten internationalen Kongreß walten zu lassen, um dann mit oder ohne Zustimmung der Partei diesen Standpunkt Schmidts zum Standpunkt der deutschen Gewerkschaften sanktionieren zu lassen, sondern es handelt sich für alle Freunde der deutschen Arbeiterbewegung darum, zwischen Gewerkschaftsauffassung und Parteiauffassung in der Maifeierfrage eine Übereinstimmung zu erzielen. Wir wollen die Gewerkschaften doch nicht majorisieren, sondern sie überzeugen.

Nur wenn Schmidt und Regien den Standpunkt vertreten, mit der Arbeitsruhe am 1. Mai müßten wir ein für allemal aufräumen, so müssen wir betonen, daß dagegen das politische Interesse der deutschen Arbeiterklasse spricht. Gewiß, wenn man die Maifeier heute neu beschließen würde, dann gebe ich zu, könnte man ihr vielleicht eine andere Form geben als 1889 in Paris. Sie haben auch darin weiter recht: der Pariser Kongreß hat sich nicht für die Arbeitsruhe, sondern für eine Demonstration erklärt. Aber betrachten Sie doch das in Deutschland historisch Gewordene. Der Pariser Beschluß hat — so sagte ich schon — wie ein elektrischer Funke gezündet, er hat eine Begeisterung geweckt, wie selten ein Beschluß. Aber wir kamen damit in eine kritische Situation hinein. Das Sozialistengesetz näherte sich seinem Ende. Der Widerstand der Arbeiter gegen dasselbe war



so groß geworden, unsere Erfolge wogen so schwer, daß die herrschenden Klassen sich fragten: Können wir in unserem eigenen Interesse noch so weiter regieren; Schädigen wir damit nicht uns selber? Aber es gab auch eine mächtige Gegenströmung, mit Bismarck voran. Er wollte die Maifeier benutzen, um einen Konflikt mit der Arbeiterchaft herbeizuführen. Dann sollte an die Spitze der General, der Haudegen treten, um die Gesellschaft zu retten. Und dann war von Aufhebung des Sozialistengesetzes, von Eröffnung einigermaßen freierer Bahnen für die Gewerkschafts-, für die Arbeiterbewegung keine Rede mehr. Angesichts dieser Situation lastete die schwerste Verantwortlichkeit auf der Fraktion. Was sie tat, fand in Halle dann die Billigung der Partei. Sie sagte: Auf diesen Eid fallen wir nicht herein. Wir wollen der Reaktion nicht den Vorwand zu einer Straßenschlacht liefern. Und es war keine Übertreibung. Es ist ja später bekannt geworden, daß in Berlin, in Dresden zc. das Militär in den Kasernen konfigniert war, daß die Regimentskommandeure mit geheimen Befehlen für den Fall einer Straßenschlacht versehen waren. Wenn also die Gewerkschaften sagen, sie wollten nicht zu einer Kraftprobe am 1. Mai gezwungen werden, nun, so hat die Partei es von jeher grundsätzlich abgelehnt, eine solche Kraftprobe zu veranstalten. Im letzten Grunde aber haben alle die Einwendungen von Schmidt und Genossen gegen die Maifeier nur einen Sinn, wenn man die völlige Arbeitsruhe unter allen Umständen als die von der Partei beschlossene Form der Maifeier unterstellt.

Was uns aber unterscheidet von der Auffassung Schmidts und Legiens, ist: Wir können nicht von heute auf morgen ein Kampfziel fallen lassen, um dessen Fahne sich in wachsendem Maße Tausende von Arbeitern geschart haben. Das sind politische Imponderabilien, die wir beachten müssen. Die Maifeier hat ja nicht so sehr eine ökonomische Bedeutung. Ein religiöses, ein ethisches Moment kommt in ihr zum Ausdruck. Sie stellt eine Kulturfrage in den Vordergrund, und vielleicht gerade deshalb hat sie so lebhaften Widerhall in den Herzen der deutschen Arbeiter gefunden. Nun sagt Schmidt: Ja, diese finanziellen Opfer! Darüber nur ein Wort: Wenn wir wirklich die Agitation für die Maifeier in dem Sinne betreiben, um schließlich die gesamte Arbeitsruhe zu ermöglichen, dann wird uns das wahrscheinlich schwere Opfer kosten. Daß diese Opfer den Gewerkschaften allein nicht aufgebürdet werden können, darüber sind wir uns klar; aber bietet denn die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nicht einen Beweis dafür, daß das kein Hinderungsgrund sein kann? Als die Bergarbeiter in einem großen Klassenkampf hineingetrieben wurden, als die Textilarbeiter in den Klassenkampf getrieben wurden, da hatte die Partei immer Mittel zu ihrer Unterstützung. Die Partei ist nicht so kleinlich, sie würde auch, wenn die Maifeier große Opfer erforderte, keinen Augenblick zögern, mit vollen Händen zu geben, genau so wie die Gewerkschaften. Also mit diesem Argument darf man uns nicht kommen. Ich bin überzeugt, weder Legien noch Robert Schmidt, noch die Generalkommission hat die Absicht, auf diesem Wege hinten herum die ganze Maidemonstration abzumurken. Wogegen ich kämpfe, ist, daß sie nicht einsehen, welches die Wirkung eines solchen Beschlusses sein würde. Die Wirkung würde darauf hinauslaufen, daß die Maidemonstration ihre ganze Bedeutung verlieren würde.

Nun meint Triebische, wenn wir sagen, daß in diesem Jahre die Arbeitsruhe wesentlich größer gewesen sei, als in den vergangenen Jahren, so übersehen wir, daß in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Montag gefallen ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß darin eine gewisse Berechtigung liegt. Es ist einer ganzen Reihe von Arbeiterkategorien leichter möglich, zu feiern, wenn der 1. Mai auf einen Montag fällt, als wenn er auf einen Freitag fällt. Aber ausschlaggebend ist dieses Moment nicht gewesen. Nein, gerade die Diskussion zwischen Partei und Gewerkschaften hat dazu geführt, daß sowohl in den Reihen der Gewerkschaften, als auch in politischen Kreisen der Gedanke der Maifeier weit mehr als in früheren Jahren zum Ausdruck kam.

Frißche sagt, wir können schon deshalb nicht an die Arbeitsruhe denken, weil in ganzen großen Industriegebieten die Arbeiter den Gedanken der Maifeier überhaupt nicht fassen können. Er wies auf das schlesische, das polnische, das rheinisch-westfälische Industriegebiet hin. Ganz gewiß können wir heute hier die Arbeitsruhe nicht durchsetzen. Aber kann das ein Grund sein, nicht dafür zu wirken? Denken Sie doch an unsere politische Machtstellung in Rheinland und Westfalen! Denken Sie an die Bergarbeiterkreise! Wie haben wir jahrzehntelang gekämpft! Und mit welchen mangelnden Erfolgen? Glauben Sie etwa, die Erfolge der letzten Wahlen, der Erfolg in Essen sind über Nacht gewissermaßen ins Haus hineingeschrieben gekommen? Glauben Sie nicht, daß wir jetzt erst die Früchte der jahrelangen Arbeit in jenen Gegenden ernten? All das ist die Folge der Kleinarbeit der Tausende von Genossen, von denen heute niemand mehr spricht, die heute niemand mehr kennt. All das ist die Ernte früherer Saaten, und genau so ist es auch mit der Maifeier. Die Maifeier ist heute die wirksamste Demonstration, sie ist wie kein anderes Mittel geeignet, die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen aller Arbeiter und den Gegensatz zur Bourgeoisie, zum Unternehmertum, zur Regierung zu betonen. Es wäre eine Verfündigung an unserer Vergangenheit, an unseren Aufgaben für die Zukunft, wenn wir uns durch die Gefahren und die bisherigen mageren Erfolge in jenen Gegenden abschrecken lassen sollten, mehr noch als bisher gerade in diesen zurückgebliebenen Gebieten für die Arbeitsruhe zu agitieren.

Das beherzigenswerte Wort von Silber Schmidt, daß in bezug auf die grundlegenden Fragen zwischen Gewerkschaften und Partei keine Differenz besteht, trifft auch hier zu. Mit vollem Recht ist gesagt, daß in all den Gegenden, wo die Sozialdemokratie nicht hinkommt, wo sie nicht Wurzel fassen kann, die Gründung einer Zahlstelle der Maurer, der Holzarbeiter oder einer anderen Gewerkschaft auch der politischen Betätigung die Bahn ebnet. Wohl an, wenn das möglich ist, in allen diesen abgelegenen Gegenden, was spricht dann dagegen, daß auch der Gedanke der Maifeier hier propagiert wird, und daß dann die Früchte für die Partei genau dieselben sein werden wie jetzt?

Und was für die Partei zutrifft, daß nämlich jede Agitation der Gewerkschaft zugleich auf die Partei zurückwirkt, das trifft auch für die Parteitagitation und ihre Rückwirkung auf die Gewerkschaften, ganz besonders aber für die Maifeier zu. Habt ihr den Gedanken der Maifeier in die Massen hineingetragen, dann habt ihr zugleich damit ein Stück gewerkschaftlicher Arbeit geleistet, das euch große und weittragende Erfolge garantiert. Es ist einfach nicht richtig, was Legien in der Beziehung gesagt hat, wie er die Frage gestellt hat; es ist nicht richtig, daß die Gewerkschaften Jahr für Jahr von der Partei zu einer bestimmten Zeit zu Kämpfen gedrängt werden, die nach ihrer Auffassung nicht mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden können. Niemals sind den Gewerkschaften Vorwürfe seitens der Partei gemacht, wenn sie von sich aus gewisse Einschränkungen in bezug auf die Arbeitsruhe getroffen haben. Wogegen die Partei Stellung nimmt, das ist das Eintreten gegen den Gedanken der Maifeier. Die Entscheidung darüber, wie weit der Parteitagatsbeschuß von den einzelnen Gewerkschaften durchgeführt werden kann, müssen wir lokalweise den Gewerkschaften überlassen, weil wir der Meinung sind, daß sie den Willen haben, zu tun, was im Interesse der Sache, im Interesse der Arbeiterbewegung, im Interesse der politischen Partei wie der gewerkschaftlichen Organisation notwendig ist. Erst dann hätten die Gewerkschaften ein Recht, einen solchen Standpunkt einzunehmen, wenn wir forderten, daß sie bedingungslos und widerspruchslos das tun, was die Partei beschließt. . . .

Wenn wir aus der Debatte heraus den Gedanken in uns lebendig werden lassen, den Genosse Antierem in die Worte gekleidet hat: Einheit in der Auffassung, Gemeinsamkeit im Kampf, dann haben wir ein Maifeierdiskussionsresultat, wie wir es uns besser nicht wünschen können. Ich